DOKUMENTATION

FACHTAG

„Demokratie geht nur mit allen! – Teilhabe durch politische Bildung.“

Politische Bildung für und von Menschen in prekären Lebenslagen

Mittwoch, 17. Oktober 2018

lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Impressum

Herausgeber

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Lautenschlagerstr. 20
70173 Stuttgart

Tel. 0711-1640990
Fax 0711-16409977

lpb@lpb.bwl.de
www.lpb-bw.de

Redaktion

Karl-Ulrich Templ, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Redaktionsschluss

18.2.2019

Inhalt

Impressum	2
Inhalt	3
Programm	5
Stuttgarter Manifest zur politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen	6
Grußwort von Manfred Lucha, Minister für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg	8
Begrüßung	10
Perspektive der Sozialarbeitspraxis	12
Perspektive der Sozialwissenschaften	16
Perspektive der Basis	20
Perspektive der Erwachsenenbildung	24
Berichte aus den Workshops	30
Konsequenzen aus dem Fachtag	33
Bildung von unten – das Projekt Bildungsarbeit in Fokusgruppen mit Menschen in prekären Lebenslagen	36
Der Fachtag und seine Entstehung	39
Das Landesnetzwerk	41
Am Fachtag beteiligte Einrichtungen	42
Teilnehmerinnen und Teilnehmer	45
Armut und bürgerschaftliches Engagement	47
Vorbereitung der lak-bw am 27.01.2018 in Rottweil	50
Hearing am 23.03.2018 in der Volkshochschule Karlsruhe	52
Publikationen der Landeszentrale	55

Die Landesarmutskonferenz und die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hatten zu einem Fachtag „Demokratie geht nur mit allen! – Teilhabe durch politische Bildung" eingeladen.

Menschen in benachteiligten oder prekären Lebenslagen erwarten heute nicht (mehr), dass ihr Leben Einfluss auf die Politik nehmen könnte – und entsprechend beteiligen sie sich auch nicht. Diese Bürgerinnen und Bürger nehmen deutlich seltener an Veranstaltungen teil, sind weniger in Organisationen und Vereinen aktiv, beteiligen sich deutlich weniger an politischen Wahlen. Sie werden durch die Politische Bildung nicht erreicht.

Mit dem Fachtag sollten die Gründe dafür beleuchtet werden. Mit Beiträgen aus der Perspektive der Betroffenen, der Sozialwissenschaft, der Erwachsenenbildung, der Sozialen Arbeit und mit einem Grußwort von Sozialminister Manfred Lucha MdL.

Auf dem Fachtag sollte auch eine öffentliche Erklärung, das „Stuttgarter Manifest zur politischen Bildung von und mit Menschen in prekären Lebenslagen" beraten werden.

Veranstalter war das Landesnetzwerk „Politische Bildung von und mit Menschen in prekären Lebenslagen", das seit Anfang 2017 besteht. Es wird getragen von der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg, der Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Organisationen der Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg. Der Fachtag wird durch das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg gefördert.

Rückmeldungen zum Fachtag

Spontanbefragung von Beteiligten am Treffen des Arbeitskomitees am 15.01.2019 in Rottweil. Die Frage war: Wenn Du an den Fachtag im Oktober in Stuttgart denkst, was empfindest du oder was ist dir Erinnerung oder was war dir wichtig?

- *„Hat mit Armut zu tun"*
- *„Der Ablauf war toll, die Analyse der Situation um die politische Bildung war toll"*
- *„dass Betroffene direkt mitarbeiten konnten….."*
- *„Betroffene kommen so ins Rampenlicht"*
- *„Mir war es etwas zu viel, Ich hatte den Kopf voll"*
- *„ bei einem Beitrag empfand ich viel zu viel verbandsspezifische Interessen"*
- *„ das war viel Arbeit, da ist viel gemeinsam gelungen, nur was passiert mit dem Ganzen…"*
- *„Das Programm und der Anspruch war recht intensiv, die Workshops ganz gut, der Liga-Beitrag war unterirdisch…"*
- *Das Ganze war sehr gelungen, auch die Beiträge, die Workshops waren super"….*
- *Organisation stark, top gelaufen….."*
- *„mich interessiert was rauskommt"*
- *„Welche Umsetzung erfolgt? Was der Minister schwätzt und was er macht, wird man sehen. Für mich der beste Tag in der Aktionswoche…."*
- *„der Fachtag hat offene Türen eingetreten, erstaunlich wie es zu diesem Fachtag gekommen ist…"*
- *„Organisation gut, Workshop gut, Armut entsteht im Kopf…."*
- *„Habe mich wieder inhaltlich gesehen! Die Workshops haben interessante Fragestellungen gehabt. Besonders die Verteilung der Teilnehmer auf die Workshops gemischt fand ich gut…."*
- *„die Duale Hochschule war perfekt, die Arbeitsgruppen waren gelungen, sogar die Hunde bekamen was zu fressen…."*

Programm

„Demokratie geht nur mit allen! – Teilhabe durch politische Bildung.“ - Politische Bildung für und von Menschen in prekären Lebenslagen.

Mittwoch, 17. Oktober 2018

09.30 Uhr	Ankommen, Kaffee und Brezeln
	Moderation
	Michael Karmann, Caritasverband, Erzdiözese Freiburg
10.00 Uhr	Begrüßung und Eröffnungsbeiträge
	Roland Saurer (Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg)
	Karl-Ulrich Templ (Landeszentrale für politische Bildung)
10.20 Uhr	Soziale Arbeit
	Annett Heiß-Ritter (Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.),
	Holger Hoffmann (Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg)
10.40 Uhr	Sozialwissenschaften
	Prof. Dr. Günter Rieger (Duale Hochschule Stuttgart)
	Prof. Dr. Günter Rausch (Evangelische Hochschule Freiburg)
11.00 Uhr	Grußwort
	Manfred Lucha, Minister für Soziales und Integration Baden-Württemberg
11.20 Uhr	Basis
	York Töllner (Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg)
11.40 Uhr	Politische Bildung/Erwachsenenbildung
	Anja Dargatz (Friedrich-Ebert-Stiftung)
	Wolfgang Klenk (Allianz für Beteiligung)
12.00 Uhr	Fragen
12.30 Uhr	Mittagessen
13.30 Uhr	Vorstellung der „Stuttgarter Erklärung“
	Anja Dargatz
13.45 Uhr	Einführung in die Workshops
14.00 Uhr	Workshops
15.30 Uhr	Berichte aus den Workshops
16.00 Uhr	Ausblick und Verabschiedung

Stuttgarter Manifest zur politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen

Menschen in prekären und armutsgefährdenden Lebenslagen nehmen eklatant weniger am öffentlichen Leben teil. Ihre Mitgliedschaften in zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen und Institutionen liegen deutlich unter der Hälfte der normal-verdienenden Bevölkerung.

Dies konstatiert der Erste Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg von 2015. Gleichzeitig zeigt dieser Bericht aber auch, dass Menschen am gesellschaftlichen Rand nicht signifikant weniger politisch interessiert sind: Unter der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung interessierten sich 7,8 % sehr stark und 32,5 % stark für Politik. Bei den Armutsgefährdeten liegen diese Zahlen bei 6 % bzw. 27,5 %. Es geht nicht um gesellschaftspolitisches Desinteresse, sondern um Frustration und Desillusionierung gegenüber „dem System".

Politische Bildung hat die Pflicht, das demokratische Lernen der Menschen zu begleiten und so die Voraussetzung für die Leitidee des Menschenrechts der gleichberechtigten gesellschaftlichen und politischen Teilhabe zu schaffen – aller Menschen. De facto erreicht Politische Bildung Menschen in prekären Lebenslagen kaum, was man an der Struktur der Teilnehmer*innen sehen kann, wer welche Publikationen abholt und nutzt, welche Qualifikationen das Personal mitbringt.

Einrichtungen der Sozialen Arbeit und Hilfseinrichtungen hingegen erreichen marginalisierte Menschen, verrichten ihre Arbeit aber weitestgehend unpolitisch. Hier stehen Versorgung und Integration in die Gesellschaft im Mittelpunkt, weniger die politische Emanzipation der Betroffenen. Sowohl von der politischen Erwachsenenbildung als auch von der Sozialen Arbeit wird diese Problematik zu wenig adressiert. Es fehlt an geeigneter Infrastruktur und an erprobten Konzepten. Dies muss sich ändern.

Ziel muss es sein, mehr Menschen in prekären Lebenslagen mehr politische Teilhabe zu ermöglichen, damit diese eigenständig Politik und Gesellschaft gestalten können und selbst eine Stimme haben.

Um dies zu erreichen,

- muss die politische Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen als gemeinsamer Gestaltungsauftrag von Gesellschaft und Politik begriffen werden;
- muss die politische Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen in der Öffentlichkeit und in den Medien präsent sein;
- müssen die politischen Akteure Verantwortung übernehmen und Konzepte und Ideen, die dem Ziel dienlich sind, fördern und politisch unterstützen;
- müssen sich Förderung und Unterstützung zuerst an bereits bestehende Strukturen richten, statt Sonderprogramme aufzulegen, die zeitlich und strukturell wenig nachhaltig sind;
- müssen sich öffentliche Institutionen für eine Beteiligung und Mitsprache von Betroffenen öffnen und neue Politikansätze wagen (z.B. durch Beiräte oder ähnlich dem Modell der Landesarmutskonferenz mit zwei Netzwerken);
- müssen Arbeitslose berechtigt sein, Bildungszeit zu beantragen;
- braucht es eine interdisziplinäre wissenschaftliche Begleitung, um den Erfolg von Maßnahmen zu bewerten und aus Fehlern lernen zu können
- darüber hinaus ist es zwingend notwendig, den 2015 begonnenen Prozess des Armuts- und Reichtumsberichts Baden-Württemberg zu verstetigen.

Um sich diesen Herausforderungen zu stellen und adäquate Antworten zu geben, wollen wir ein stabiles arbeitsfähiges Netzwerk aus Organisationen der Betroffenen, der politischen Bildung, der Sozialen Arbeit sowie der Zivilgesellschaft und Politik schaffen, das

- dafür sorgt, dass politische Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen bei den politisch Verantwortlichen präsent ist und in der Öffentlichkeit als gemeinsames Anliegen wahrgenommen wird;
- die Zusammenarbeit zwischen Politischer Bildung, Sozialer Arbeit und Betroffenen fördert, zum Beispiel durch Beiräte in Organisationen, Behörden und ähnlichen Einrichtungen;
- Räume der Kommunikation und Teilnahme gestaltet;
- vorhandenes Wissen zu Thema Teilhabe von Benachteiligten sammelt,verbreitet und verknüpft;
- neue Zugänge zu den Betroffenen ermöglicht, Konzepte, Formate, verständliche Sprache und pädagogische Modelle entwickelt, erprobt und als empfehlenswerte Beispiele verbreitet
- die Verschiedenheit der Menschen als Bereicherung ansieht und Interessen einzelner Gruppen nicht gegeneinander ausspielt.

Grundsätzlich gelten für alle gesellschaftlichen Gruppen, die gleichen Grundprinzipien der Politischen Bildung. Doch für Menschen in prekären Lebenslagen gilt das Prinzip des „adressatengerechten Formats" in besonderem Maße. Die Ansätze müssen „aufsuchend" sein und die Menschen in ihrem Lebensalltag abholen: sei es bei der Wahl der Themen, der Methoden, des Ortes oder der Befähigung des durchführenden Personals. Sprachliche Barrieren müssen bedacht werden genauso wie finanzielle. Entsprechend muss bei der Konzeption ein grundlegender Perspektivenwechsel vorgenommen werden. Für die Politische Bildung bedeutet dies eine inhaltliche wie konzeptionelle Neuorientierung.

Für das Landesnetzwerk für Politische Bildung mit und für Menschen in prekären Lebenslagen

Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (lpb)
Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (lak-bw)

Stuttgart, 17. Oktober 2018

Grußwort von Manfred Lucha, Minister für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Saurer, sehr geehrter Herr Templ, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich beim Fachtag „Demokratie geht nur mit allen! – Teilhabe durch politische Bildung".

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist wichtiger denn je.

„Demokratie geht nur mit allen" – das ist eine wichtige Aussage vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse. Man kann es spüren: Irgendwas stimmt nicht, irgendwas ist ins Rutschen geraten.

Rechtsradikaler Mob zieht heute durch deutsche Städte und es gibt Parteien, die Hass, Zwietracht und Missgunst säen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen. Kippa-Träger werden auf offener Straße zusammengeschlagen und jüdische Restaurants mit Steinen und Flaschen attackiert.

Manfred Lucha, Minister für Soziales und Integration

Verbale Verwahrlosung, Hetze, Morddrohungen: Das Netzwerk scheint zu einer Art Hetzwerk geworden zu sein – früher anonym, heute oftmals sogar unter dem echten Namen. Und nationale Egoismen bringen das vereinte Europa in Gefahr; statt Grenzen zu öffnen, werden Mauern gebaut. Der Ton der öffentlichen Debatte wird rauer und brutaler, die Sprache verroht immer mehr.

Und immer mehr Menschen scheinen Vielfalt als Bedrohung wahrzunehmen. Viele haben Angst, einige werden unsicher, andere ziehen sich zurück und manche sind davon überzeugt, dass Parteien, die Ängste und Hass schüren, alles besser hinkriegen. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir alle, Politik, Verbände und Zivilgesellschaft, müssen darauf reagieren.

Und das heißt für mich: Wir müssen zusammenhalten. Für den anderen einstehen, achtsam miteinander umgehen, aufeinander aufpassen. Wir alle haben einen gemeinsamen Auftrag zu erfüllen; den Auftrag, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie zu stärken. Engagement spielt dabei eine wichtige Rolle.

Politische Bildung und Engagement sind wichtig für den Zusammenhalt.

Meine Damen und Herren, Engagement ist die Grundlage unserer Demokratie. Engagement heißt nicht wegschauen, sondern mit anpacken; Mutig sein und Verantwortung übernehmen; Mitgestalten und teilhaben. Ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger kann keine Gesellschaft lange überleben. Sie kann keine sinnvollen Ziele umsetzen; keine Interessen ausbalancieren, keine gemeinsame Werte finden. Kurz: Ihr fehlt die Luft zum Atmen. Werte wie „Weltoffenheit" und „Toleranz" werden im Engagement vorgelebt, Engagement bereichert unser Zusammenleben und unsere politische Kultur; und es gibt uns das Gefühl, dazuzugehören, Teil einer Gemeinschaft zu sein. Politik kann und muss natürlich wichtige Rahmenbedingungen schaffen. Eine besondere Herausforderung ist dabei natürlich, diejenigen zu erreichen, die sich nicht mehr zugehörig, ja regelrecht abgehängt fühlen.

Politische Bildung spielt hier eine wichtige Rolle. Sie kann dazu beitragen, dass Menschen besser wissen, wie unsere Gesellschaft funktioniert, was unsere Gesellschaft zusammenhält und wie sie sich einbringen können. Vor dem Hintergrund unserer schnelllebigen Zeit, von Globalisierung und Digitalisierung

ist es wichtig, sich auseinanderzusetzen. Sich auseinanderzusetzen mit den Entwicklungen unserer Zeit, mit unterschiedlichen Perspektiven, mit unterschiedlichen Parteien und populistischen Strömungen, mit Fake News und „alternativen Fakten". Politische Bildung trägt dazu bei, Sachen zu hinterfragen, kritische Fragen zu stellen, sich nicht mit einfachen Erklärungen zufriedenzugeben. Dass es Gruppen gibt, die weniger politisch interessiert und aktiv sind, hat uns auch der erste Armuts- und Reichtumsbericht von 2015 gezeigt, auch hier ist es natürlich wichtig, diese Menschen zu erreichen.

Land fördert Engagement – Engagementpolitik.

Das Land tut einiges, um Menschen für Engagement zu begeistern. Mit unserer Engagementpolitik wollen wir alle Menschen erreichen, unabhängig davon, ob jung oder alt, Frau oder Mann, zugewandert oder einheimisch, arm oder reich. Unabhängig von ihrem Bildungsstand und unabhängig von prekären oder nicht prekären Lebensverhältnissen. Denn Engagement bedeutet Teilhabe. Wer sich engagiert, fühlt sich zugehörig, als Teil eines Ganzen.

Aufgabe der Politik ist es, gute Rahmenbedingungen für das Engagement zu schaffen. Das tun wir zum Beispiel mit unserer Engagementstrategie Baden-Württemberg. Damit sorgen wir für bessere Rahmenbedingungen. Die Engagementstrategie zeigt neue Zugänge ins Engagement auf und stellt sich auch der Frage, wie wir alle gemeinsam künftig in unseren Dörfern und Städten, miteinander leben wollen. Wir befinden uns mit dem, was wir tun, auf einem guten Weg.

Wir haben zahlreiche Programme aufgelegt, die zur Förderung der Teilhabe in Baden-Württemberg beitragen. Beispielhaft möchte ich das Programm „Gemeinsam sind wir Bunt" nennen, das Projekte förderte zum Engagement von Kindern und Jugend, Älteren Menschen, Inklusion, Familien und vielem mehr. Durch das Programm „Gemeinsam in Vielfalt" wurden zahlreiche Prozesse zu einer besseren Integration von Geflüchteten gefördert. Und mit unserer Strategie „Quartier 2020" ergänzen wir unsere Engagementstrategie. Hier unterstützen wir Kommunen und Zivilgesellschaft im Land bei der Schaffung von lebendigen Quartieren. Von Quartieren also, in denen ein lebendiges Miteinander stattfindet, in denen die Menschen vor Ort füreinander da sind, sich gegenseitig unterstützen, gegenseitig aufeinander aufpassen. Solche Quartiere kommen natürlich auch Menschen in prekären Lebensverhältnissen zugute.

Der neue Förderbaukasten der Strategie Quartier 2020 stellt Förderprogramme aus den Bereichen Quartiersentwicklung, Beteiligung und Engagement vor und zeigt, wie diese Angebote miteinander kombiniert werden können. Geboten wird finanzielle Unterstützung sowohl für die Beratung und Prozessbegleitung als auch für die Umsetzung der Projekte. Voraussetzung ist, dass Zivilgesellschaft und Kommune vor Ort Hand in Hand arbeiten und sich gut abstimmen. Denn sie wissen am besten, wo der Schuh drückt und was man dagegen tun kann.

Das Projekt „Politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen"

Meine Damen und Herren, ausgehend von den Ergebnissen des Armuts- und Reichtumsberichts haben wir ganz gezielt das Projekt „Politische Bildung von und für Menschen in prekären Lebenslagen" unterstützt. Der Vorschlag der Landesarmutskonferenz, der unterschiedliche Bausteine wie einen Workshop, eine Ausstellung und den heutigen Fachtag enthielt, hat uns überzeugt. Und wir werden das Thema auch nach Auslaufen des Projekts wieder aufgreifen.

Ihnen, Herr Saurer, und Ihnen, Herr Templ, ist es gelungen, ein Netzwerk von Beteiligten in diesem Bereich aufzubauen, das heute auch diesen Fachtag trägt und ihn gestaltet. Beteiligte aus den Bereichen Soziale Arbeit, Sozialwissenschaften, Politische Bildung und Erwachsenenbildung sowie von der Basis, von den Betroffenen selbst, werden heute ihre Sichtweise darstellen, wie politische Bildung für und mit Menschen gelingen kann. Wie die Menschen erreicht werden können, was man besser machen kann, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen. Für dieses Engagement danke ich Ihnen ganz herzlich! Und wünsche Ihnen bei Ihrer Arbeit viel Erfolg!

Vielen Dank.

Begrüßung

Karl-Ulrich Templ, Landeszentrale für politische Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ziel politischer Bildung ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern Kompetenzen zu vermitteln, damit sie ihre Bürgerrolle als gleichgestellte Mitglieder in einer Demokratie verantwortungs- und selbstbewusst ausfüllen können.

Aber: viele Angebote der politischen Bildung sind auf „bildungsbürgerliche" Zielgruppen ausgerichtet. Wir machen gewissermaßen politische Bildung für uns selbst.

Zu politischen Themen stehen noch immer nur unzureichend niedrigschwellige Informationsmaterialien und Angebote zur Verfügung. Wir müssen die politische Bildung an den Fragen ausrichten, die die Zielgruppe in besonderer Weise betreffen wie Wohnen, Arbeit, Erziehung und Bildung, Gesundheit etc.

Ein wichtiger Schritt war, gemeinsam mit der Landesarmutskonferenz, die Initiierung eines landesweiten Netzwerks der politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenssituationen.

Karl-Ulrich Templ, Landeszentrale

In diesem Netzwerk arbeiten Selbsthilfeorganisationen, Organisation der sozialen Arbeit, Bildungseinrichtungen, Ministerien, Gewerkschaften und Politische Stiftungen zusammen.

Wichtige Zielgruppen sind in diesem Zusammenhang Menschen in prekären Lebenssituationen (Wohnsitzlose, Langzeitarbeitslose) und die Gruppe der sozial benachteiligten und chancenarmen Jugendlichen.

Erreichbar sind diese Zielgruppen über die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Strukturen und Institutionen, die sozial benachteiligte und chancenarme Menschen ohnehin nutzen, wie mobile Jugendarbeit, Arbeitslosenberatungen und -projekte der Jobcenter, Gewerkschaften und Kirchen oder Familienberatungsstellen.

Unsere Bildungsangebote müssen neben der Vermittlung politischer Grundkenntnisse auch auf die Stärkung des Selbstwertgefühls und der demokratischen Handlungskompetenz der Teilnehmenden gerichtet sein.

Die Landeszentrale für politische Bildung sieht ihre Hauptaufgaben in der

- Vernetzung und Unterstützung der verschiedenen Träger politischer Bildung
- Entwicklung und Bereitstellung von didaktischen Handreichungen und Unterrichtsmaterialien zur Durchführung von Angeboten der politischen Bildung mit Erwachsenen mit geringer Sprach- und Lesekompetenz
- Qualifizierung von Fachkräften
- Erprobung von Modellprojekten

Wir haben aber rasch gemerkt, dass wir erst am Anfang der Diskussion stehen. Zu unterschiedlich waren und sind die Hintergründe und Erfahrungen von politischer Bildung, sozialer Arbeit, Sozialwissenschaften und Selbsthilfeorganisationen. Wir müssen uns erst diese gemeinsame „Sprache" und Sicht auf die Probleme erarbeiten.

Dazu soll die heutige Veranstaltung beitragen.

Roland Saurer, Sprecher der lak-bw

Sehr geehrte Anwesende, liebe Freunde, liebe Basisvertreter, als Sprecher der Landesarmutskonferenz begrüße ich heute die hier versammelten TeilnehmerInnen dieses Fachtages zur „Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen". Dieser Fachtag ist Bestandteil der Aktionswoche 2018 „Armut bedroht Alle! ", die am vergangenen Montag gestartet wurde.

Für die lak-bw, die Landeszentrale und wichtige Netzwerkakteure wird dieser Fachtag ein weiterer wichtiger Schritt sein für die Weiterentwicklung der Politischen Bildung in Baden-Württemberg. Er wird zur Klärung beitragen, wie die Wege der Veränderung der Politischen Bildung aussehen könnten, die wir gemeinsam beschreiten werden.

Der Armutsbericht 2015 hat die Ungleichheit in der Beteiligung von prekären Personen hinsichtlich ihrer Mitarbeit und ihrer Mitgliedschaft in Organisationen des öffentlichen Lebens, in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen sowie in Vereinen und Initiativen gegenüber der Normalbevölkerung gezeigt.

Im Mai 2016 haben wir dies im Beirat zum Armutsbericht aufgegriffen und breiten Zuspruch erhalten für die Idee die Politische Bildung zu verändern. Nicht zuletzt hat auch die Landtagswahl 2016 mit dem Ergebnis für die Partei der AfD diesen Prozess beschleunigt.

Roland Saurer, Landesarmutskonferenz

Diesen Teufelskreis des Ausschlusses bzw. des mangelnden Zugangs von Menschen in prekären Lebenslagen zum demokratisch-gesellschaftlichen Leben zu durchbrechen, ist die Strategie unseres Netzwerkes Politische Bildung geworden. Wir befinden uns auf einem langen Weg von 4-5 Jahren und versuchen die Bildungsträger, die Politische Wissenschaft, die Soziale Arbeit , die Basisorganisationen wie die Menschen in prekären Lebenslagen zu sensibilisieren. Sie sollen sich den Interessen und Bedürfnissen der Armutsbevölkerung sowie der wachsenden Zahl von Prekarität betroffener Menschen öffnen.

Unser heutiges Programm lässt die unterschiedlichsten VertreterInnen zu Wort klommen. Uns liegt der Entwurf eines „Stuttgarter Manifestes zur Politischen Bildung" vor. Dies wurde vom Netzwerk erarbeitet und soll nach längerer Diskussion in eine endgültige Fassung gebracht werden.

Ich freue mich besonders, dass auch der Sozialminister sich Zeit nehmen wird, diesen Tag mit seinem Grußwort zu bereichern.

In den unter gleichen Fragestellungen stattfindenden 5 Workshops werden wir die Meinungen und Positionen unterschiedlichster Akteure von Basis bis Profession kennenlernen. Das Gespräch und die stattfindende Begegnung der Menschen sind uns wichtig.

Mein Dank richtet sich an die Duale Hochschule Stuttgart, Herrn Prof. Rieger, für die Durchführung des Fachtages in seinem Hause, an die LpB für die Organisation des Fachtages. An Herrn Michael Karmann für die Moderation des Fachtages.

Ich bedanke mich bei allen die heute gekommen sind. Ein Signal des Aufbruchs, so hoffen wir.

Perspektive der Sozialarbeitspraxis

Verena Willberg, Jan Etzel, Sandra Gebhard, Anja Christiani und Annett Heiß-Ritter, DBSH Landesverband Baden-Württemberg

Hat die Soziale Arbeit einen Auftrag die politische Bildung von Menschen in prekären Lebenslagen zu stärken? Welchen Beitrag können Professionelle der Sozialen Arbeit dabei leisten?

Betrachtet man die Ursachen für Ausgrenzung, Armut und Prekarität finden sich häufig Faktoren auf 3 Ebenen, die sich zudem wechselseitig beeinflussen:

- Persönliche Faktoren,
- Strukturelle Faktoren und
- Gesellschaftliche Faktoren.

Soziale Arbeit versteht sich als Profession, die Menschen unterstützt und befähigt, soziale Problemlagen zu überwinden. Ziel ist Teilhabe an Bildung, Politik, Gesellschaft und an Gütern und Dienstleistungen. Dabei geht es darum, die Selbstbefähigung zu fördern, was als „Hilfe zur Selbsthilfe" verstanden wird. Neben der Befähigung des einzelnen Menschen, haben Sozialarbeiter*innen, nach den professionseigenen ethischen Prinzipien, den Auftrag, ausgrenzende politische und gesellschaftliche Strukturen zu benennen, anzuprangern und politischen Einfluss zu nehmen für eine sozial gerechtere, demokratische Gesellschaft.

Verknüpft man den Auftrag, die individuelle Selbstbefähigung zu fördern, mit dem beschriebenen politischen Mandat Sozialer Arbeit, ergibt sich daraus zwangsläufig die Notwendigkeit, Menschen so zu unterstützen und zu befähigen, dass sie SELBST für eine Veränderung sozialer und politischer Bedingungen eintreten können. Politische Bildungsarbeit soll demnach dazu beitragen, dass Menschen ihre Interessen in demokratischen Aushandlungsprozessen selbst wirksam vertreten können.

Aus der Praxiserfahrung ist zu sagen, dass das mitunter ein reichlich mühsames Unterfangen ist, egal ob es um eine anstehende Wahl, die Unterschriftenliste für ein regionales Sozialticket oder um weitergehendes Engagement für eigene Themen geht. Das liegt unter anderem daran, dass wir es meist mit Menschen zu tun haben, die in ihrer Biografie wenig Erfahrung von Selbstwirksamkeit gemacht haben. Stattdessen waren Erfahrungen von Ablehnung, fehlender Anerkennung, „Nicht-gehört-werden" und „Mit-den-eigenen-Anstrengungen-nicht-zum-erwünschten-Erfolg-kommen" vorherrschend. Und das sowohl in persönlichen Beziehungen, in gesellschaftlichen Kontexten, als auch im Kontakt mit staatlichen Stellen. Die Folge ist ein Selbstkonzept das den Titel tragen könnte „Ich gehöre nicht dazu" oder „Es bringt ja sowieso nichts".

Annett Heiß-Ritter, DBSH Landesverband BW

Es braucht also zunächst Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, von „angenommen und anerkannt sein", von „gehört werden" und von „dazu gehören". Hierfür braucht es Räume in denen diese Erfahrungen und Begegnungen möglich sind. Dies gelingt, aus Sicht der Sozialarbeitspraxis, am besten und am ehesten in Gruppenprozessen.

Die Entwicklungen innerhalb der Sozialen Arbeit gehen jedoch in den letzten Jahren in eine andere, eine individualisierende Richtung. Im Zuge und entsprechend gesamtgesellschaftlicher neoliberaler Entwicklungen veränderte sich auch die Sozialarbeit, hin zu einem reichlich technokratischen Verständnis.

Der Fokus verengt sich zunehmend auf die individuellen Problemlagen und somit auf die einseitige Betonung der eingangs erwähnten persönlichen Faktoren für Prekarität, wie z.B. Erkrankung, Arbeitslosigkeit, Behinderung. Tätigkeitsfelder Sozialer Arbeit werden in einzelne (leistungs-)beschreibende und berechenbare Arbeitseinheiten segmentiert.

Finanziert und gefordert ist überwiegend passgenaue Einzelfallhilfe, die klar begrenzt und überprüfbar ist. Der Blick für den Gesamtzusammenhang und auf die strukturellen und gesellschaftlichen Faktoren sozialer Probleme geht dabei zunehmend verloren. Wechselwirkungen werden außer Acht gelassen. Diese Begrenzung auf persönliche Ursachen weist Betroffenen einseitig Schuld zu, die es der Gesamtgesellschaft und auch Professionellen deutlich einfacher macht, grundlegende Bedingungen nicht infrage zu stellen und zu verändern. Auch in der Sozialarbeitsausbildung findet sich diese Entwicklung hin zu zunehmender Spezialisierung und passgenauen Studiengängen zulasten der Sicht auf grundlegende Strukturen.

Schließlich setzt aktive politische Bildungsarbeit Konfliktfähigkeit und Toleranz der Einrichtungen und Träger voraus, in denen diese Bildung stattfinden soll. Gesellschaftliche politische Einflussnahme heißt immer auch Auseinandersetzung und nimmt Machtstrukturen in den Blick.

Zusammenfassend lassen sich aus der Sicht der Sozialarbeitspraxis 5 Faktoren als Voraussetzungen für eine gelingende politische Bildung und Teilhabe von und mit Menschen in prekären Lebenslagen benennen:

Für die Ausbildung von Sozialarbeiter*innen braucht es zunächst ein generalistisches Bachelorstudium, in dem gesellschaftliche und politische Zusammenhänge und das politische Mandat Sozialer Arbeit eine deutliche Gewichtung haben.

Wenn politische Bildung für Menschen in prekären Lebenslagen am besten in sozialen Gruppen gelingt, braucht es die finanziellen und geografischen Räume hierfür. Es braucht also, neben der Einzelfallhilfe, eine langfristige, flächendeckende Förderung von Gemeinwesenarbeit, Jugendräumen, Stadtteiltreffs, Erwerbslosentreffs, Begegnungsstätten, Initiativen der Selbsthilfe, usw. und die Finanzierung einer professionellen Personalausstattung dieser Begegnungsräume.

Es braucht soziale Einrichtungen und Verbände, die sich nicht nur als Unternehmen am Sozialen Markt verstehen und auf den Einzelfallfokus beschränken, sondern die sich auch für eine Weiterentwicklung des Gemeinwesens einsetzen. Es braucht Verantwortliche, die aus einer professionellen, berufsethischen Haltung heraus handeln. Die auch bei finanzieller Abhängigkeit von der öffentlichen Hand innerhalb machtsensibler Strukturen engagierte, kritische, politisch aktive Mitarbeiter*innen und Klient*innen unterstützen und als Bereicherung wahrnehmen.

Es braucht, soviel Selbstkritik muss sein, Soziapädagog*innen und Sozialarbeiter*innen, die, entsprechend ausgebildet, engagiert diese komplexen und langwierigen Gruppenprozesse begleiten und politische Entwicklungen anstoßen. Das ist häufig deutlich vielschichtiger und komplexer, als sich auf die Einzelfallhilfe zu konzentrieren.

Und schließlich braucht es eine konsequente Einbeziehung betroffener Menschen durch eine kontinuierliche Einbindung in Entscheidungsfindungsprozesse. Die Einbindung muss dabei sowohl in der Individualhilfe, als auch in Einrichtungen und politischen Prozessen gewährleistet sein. Betrachtet man erfolgreiche Projekte politischer Teilhabe, z.B. die der Landesarmutskonferenz in Baden-Württemberg oder die Ex-In-Bewegung im psychiatrischen Bereich, sind hierbei fast immer betroffene Menschen an entscheidender Stelle involviert.

Quellen:

Berufsethik des DBSH, Stand 2014: https://www.dbsh.de/profession/berufsethik/berufsethik-des-dbsh.html

Heidelberger Erklärung des DBSH, 2012: https://www.dbsh.de/profession/berufspolitische-veroeffentlichungen/heidelberger-erklaerung.html

Saarbrücker Erklärung des DBSH, 2010: https://www.dbsh.de/sozialpolitik/sozialpolitische-veroeffentlichungen/saarbruecker-erklaerung.html

Holger Hoffmann, LIGA-Ausschuss Arbeit und Existenzsicherung

Die LIGA in Baden Württemberg

Die Grundlage für die Wohlfahrtspflege im heutigen Sinne wurde im religiösen (Caritas, Diakonie, Israelitische Religionsgemeinschaften), humanitären (DRK, Paritätischer Wohlfahrtsverband) und sozialpolitischen (AWO) Engagement der Kirchen, Bürger- und Arbeiterorganisationen des 19. und 20. Jahrhunderts gelegt.

Die LIGA ist Partnerin des Staates bei der **Ausgestaltung des Sozialen**. Und sie gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer religiösen, humanitären oder sozialpolitischen Orientierung freie Wahl haben bei sozialen Angeboten. Die Wohlfahrtsverbände sind überzeugt, dass die sich aus dem Sozialstaatsgebot abgeleitete **soziale Sicherheit** Grundvoraussetzung für **demokratische Teilhabe** ist. Dies führte zu der heute gültigen, unmittelbaren Verknüpfung von Demokratie, Sozialstaat und Wohlfahrtsverbänden. Die Gewährung der **Umsetzung der Sozialgesetze**, sowie die **Sicherstellung der Rechte der Menschen**, die entsprechende Ansprüche haben – daran mitzuwirken ist Aufgabe der LIGA-Verbände.

Holger Hoffmann, LIGA-Ausschuss Arbeit und Existenzsicherung

Dabei bewegen sich die Freien Wohlfahrtsverbände im Spannungsfeld zwischen ihrer direkten Mitwirkung an der Hilfegewährung, ihrer anwaltschaftlichen Funktion für hilfesuchende Menschen einerseits und ihren vielfältigen Aufgaben als Verband ihrer Mitgliedsorganisationen, die Träger von sozialen Diensten und Einrichtungen sind, andrerseits.

In den Verbänden der LIGA in Baden-Württemberg sind ca. 350.000 Beschäftigte gemeldet (Zahlen: Stand 2010). Dies entspricht knapp über 200.000 Vollbeschäftigten. Übrigens: Das sind mehr als doppelt so viele Beschäftigte als in der KFZ-Herstellung. Über 5 Milliarden Euro an Gehältern wurden gezahlt. Es gibt über 15.000 Einrichtungen und er werden jährlich über 10 Milliarden Euro Umsatz erzielt.

Stationäre und ambulante Angebote werden in den Feldern der Altenhilfe, Behindertenhilfe, Jugendhilfe, Sucht- und Wohnungslosenhilfe, in der Unterstützung von Familien, in der Betreuung von Kinder ab der Geburt, in Krankenhäuser, Hospizen und Beratungsdiensten bereitgestellt.

Aber, das müssen wir selbstkritisch feststellen: Im Aufgabenkatalog der LIGA-Verbände **fehlt bisher der Hinweis auf politische Bildung sowie eine Positionierung zur seit 2013 aufgekommenen Debatte zu Rechtspopulismus**. Das liegt auch vielleicht daran, dass der Flyer, auf den ich hier zurückgegriffen habe, schon in die Jahre gekommen ist. Und trotzdem kommt politische Bildung in den Wohlfahrtsverbänden vor.

Politische Bildung durch die die LIGA-Verbände

Da sind zunächst die über 16.000 Auszubildenden, für die die LIGA-Verbände Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. In ihrer beruflichen Ausbildung spielt politische Bildung eine Rolle. Berufliche Schulen und Ausbildungsstätten sind benannte Träger der politischen Bildung. Zu diesem Bereich zählt auch das Engagement der Wohlfahrtsverbünde als Bildungsträger in der Beruflichen Ausbildung sowie der Qualifizierung von Menschen in Arbeitslosigkeit.

Da sind die knapp 7000 Plätze in den Freiwilligendiensten. Auch hier gehört Politische Bildung zum Standard in den Begleitkursen.

Hinzu kommt das große ehrenamtliche Engagement in den Verbänden der LIGA. Ca. 40 % der Ehrenamtlichen in Baden-Württemberg sind hier tätig und bekennen sich durch ihr Engagement auch politisch zu unserem Sozialstaat. Beispielhaft sei hier das spontane und herausragende ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe genannt – ein Engagement, das ja nicht unpolitisch sein kann. Für die Qualifizierung von Ehrenamtlichen bringen die Verbände erhebliche eigene Mittel auf. Diese Qualifizierungsmaßnahmen sind immer auch Bildungsmaßnahmen.

Ebenso zu nennen sind Anteile an politischer Bildung in der Stadtteils- und Quartiersarbeit (z.B. in den Projektlinien Sozial Stadt oder Quartier 2020), in der Jugendsozialarbeit, in der Jugendhilfe sowie in allen weiteren Arbeitsfeldern, in denen Pädagogik eine Rolle spielt, auch wenn die direkte sozialen Hilfen in den prekären, krisenhaften Lebenssituationen und Lebenslagen der Menschen, die die Angebote in Anspruche nehmen, im Vordergrund stehen.

Wir verstehen alle Beratungsgespräche, die unter den Leitideen Hilfe zur Selbsthilfe und Empowerment stehen, immer auch als Bildungsangebote. Politische Bildung sind sie zumindest in den Teilen, in denen Sozialgesetze erklärt und die Rechte der Betroffenen sichergestellt werden.

Die 350.000 in den Liga-Verbänden beschäftige Personen bekennen sich zu den religiösen, humanitären und sozialpolitischen Werten ihrer Verbände und Arbeitgeber. Das hat zunächst mit politischer Bildung im engen Sinne sicher nichts zu tun. Aber es ist ein Bekenntnis zu unserer Demokratie, der einigen politischen Gestaltungsform, die mit der Gesamtheit dieser Werte einhergeht. Es ist seit 1949 nicht mehr möglich, sich die LIGA-Verbände ohne Akzeptanz des Grundgesetzes, des Sozialstaatgebots und vor allem des Subsidiaritätsprinzips vorzustellen.

Damit können wir aber noch nicht zufrieden sein…

Seit Gründung der AfD 2013 hat sich in ihr und um sie herum eine rechtspopulistische Bewegung entwickelt, die zumindest in Teilen das Grundgerüst und die Pfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Frage stellt. Und spätestens seit 2017 wird klar, dass die demokratischen Kräfte zusammenstehen müssen, um diese Angriffe abzulenken.

Politische Bildung, vor allem für Menschen, die erschwerte Zugänge zu Bildungsangeboten haben und die damit einhergehende Reflexion und Selbstvergewisserung ist die beste Methode, die uns dafür zur Verfügung steht – eben um die politische Teilhabe möglichst aller zu verbessern und zu gewährleisten.

Die Aktionswoche gegen Armut und Ausgrenzung, die wir seit 2003 gemeinsam veranstalten, war hier in Baden Württemberg der erste wichtige Schritt. Die Gründung der gemeinsamen Landesarmutskonferenz 2012 der nächste Meilenstein.

Und die im Stuttgarter Manifest geforderte Gründung eines stabilen Netzwerkes zur Verbesserung der politischen Teilhabe all derer, denen sie eben nicht leicht fällt oder denen Barrieren die Teilhabe erschweren oder sogar unmöglichen machen… dieser Gründungsauftrag ist die logische Fortsetzung des eingeschlagenen Weges.

Der LIGA Ausschuss Arbeit und Existenzsicherung begrüßt und unterstützt einstimmig das Stuttgarter Manifest und steht für das Netzwerk zur Verfügung.

Die LIGA-Verbände haben die große Herausforderung, vor der wir stehen natürlich auch erkannt: Wir müssen und wir werden zusammen stehen. Gegen Populismus, gegen Rassismus, gegen Hetz- und Hassreden, von wem auch immer sie kommen mögen.

Perspektive der Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Günter Rieger, Duale Hochschule Stuttgart

Politische Bildung mit Menschen in prekären Lebenslagen

Mit der zunehmenden Institutionalisierung der Armutsberichterstattung (im Bund, den Ländern und den Kommunen) erlebt auch die sozialwissenschaftliche Forschung zum Phänomen ungleicher politischer Beteiligung einen Aufschwung. Armut wird nicht länger allein als materieller Mangel begriffen, sondern als Benachteiligung mit Blick auf die Teilhabechancen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen verstanden. Armut bedeutet dann eben nicht nur zu geringes Einkommen, sondern ebenso mangelnden Zugang zum Arbeitsmarkt, Bildungsbenachteiligung, Wohnungsnot aber eben auch Ausschluss von zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Beteiligung. National und international mehren sich entsprechende Studien zur ungleichen Wahlbeteiligung (vgl. Weßels 2015) sowie der mangelnden Repräsentation schwacher Interessen (Willems/von Winter 2000).

Prof. Günter Rieger, Duale Hochschule Stuttgart

Mit Blick auf Menschen in prekären Lebenslagen können deshalb einige aus sozialwissenschaftlicher Sicht als gesichert geltende Folgerungen gezogen werden. Als gesichert kann gelten: Menschen in prekären Lebenslagen nehmen weniger teil (1), haben weniger teil (2) und ziehen auch keinen Vorteil aus der Einführung alternativer, direktdemokratischer Partizipationsformen (höhere Hürden) (3).

1. Weniger Teilnahme

Menschen in prekären Lebenslagen nutzen die im demokratisch-repräsentativen politischen System der Bundesrepublik gegebenen politischen Partizipationsmöglichkeiten deutlich weniger als Menschen aus der Mittel- und Oberschicht. Schon „Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung" von 2008 zeigt eine deutliche Schlechterstellung von Menschen mit hohem Armutsrisiko mit Blick auf die aktive Integration in das demokratische System.

Zwar ist zunächst festzustellen, dass das politische Interesse der Bevölkerung generell eher gering ist. „Ein allgemeines Interesse an Politik haben 36% der Bevölkerung ab 16 Jahren, darunter 7,6% ein starkes Interesse" (ebd., S. 125). Aber dann zeigen sich schon hier deutliche schichtspezifische Unterschiede: Personen mit Hochschulabschluss haben mehr politisches Interesse (54%) als Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (31%). Dieser Zusammenhang bestätigt sich, wenn man die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürgern näher betrachtet. Auch hier gilt zunächst: nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung ist – über die Teilnahme an Wahlen hinaus – politisch aktiv. Erneut ist das (insgesamt geringe) aktive politische Engagement aber nicht gleich verteilt. Die schichtspezifische Ungleichheit zeigt sich sowohl bei der Wahlbeteiligung auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems (EU, Bund, Land, Kommune) als auch bei anderen politischen Partizipationsformen. So lässt sich sagen, dass Menschen in prekären Lebenslagen nicht nur weniger an Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen, sie sind auch

- seltener Mitglied in einer Partei oder Gewerkschaft,
- beteiligen sich weniger an Unterschriftenaktionen und
- gehen seltener demonstrieren (vgl. ebd. S. 129).

Grundsätzlich gilt zwar (auch hier), dass insgesamt nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung über 16 Jahren Mitglied in einer Partei ist (3,8%). Allerdings zeigen sich eben deutliche Unterschiede, wenn man zwischen der Gruppe der Menschen über und unter der Armutsrisikogrenze differenziert. Der

Anteil der Personen mit hohem Armutsrisiko in Parteien ist mit 1,9% nur halb so hoch wie derjenige von Menschen oberhalb der Armutsrisikogrenze (3%) – und hier geht es nur um die reine Parteimitgliedschaft; der Trend verstärkt sich dramatisch, wenn es um die Besetzung von Funktionsstellen und Mandate geht. Noch deutlicher fällt die Differenz mit Blick auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft aus. Unterhalb der Armutsrisikogrenze zählen nur 5,3% zu den Gewerkschaftsmitgliedern, darüber sind es 14,2%. Bei Unterschriftenaktionen ist das Verhältnis 10,7 zu 23,4% und mit Blick auf die Teilnahme an Demonstrationen 1,2 zu 6,2%.

2. Weniger Teilhabe

Neuere Studien zeigen darüber hinaus, dass die geringere politische Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen sich unmittelbar auf die Berücksichtigung ihrer Interessen im politischen Prozess auswirkt. In einer Studie für das Bundesarbeitsministerium weist Armin Schäfer von der Universität Osnabrück nach, „dass politische Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit mit den Einstellungen höherer Einkommensgruppen übereinstimmen, wohingegen für einkommensarme Gruppen entweder keine systematische Übereinstimmung festzustellen ist oder sogar ein negativer Zusammenhang.

Was Bürger*innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollen, hatte in den Jahren 1998 bis 2013 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden. In Deutschland beteiligen sich Bürger*innen mit unterschiedlichem Einkommen nicht nur in sehr unterschiedlichem Maß an der Politik, sondern es besteht auch eine klare Schieflage in den politischen Entscheidungen zulasten der Armen“ (Elsässer u. a. 2016: S. 43).

Es kann mithin von einem durchgängigen (demokratietheoretisch problematischen) Repräsentationsdefizit mit Blick auf die Interessen benachteiligter Bevölkerungsgruppen ausgegangen werden. Ihnen mangelt es nicht nur an „deskriptiver Repräsentation“ (im Bundestag, den Länderparlamenten oder kommunalen Räten sind Personen ihrer Schicht nicht oder kaum zu finden – so sind bspw. über 80% der Bundestagsabgeordneten Akademiker). Es mangelt darüber hinaus ebenso an der in einer repräsentativen Demokratie noch wichtigeren „Präferenzrepräsentation“ und „Entscheidungsrepräsentation“. D. h., ihre Interessen werden weniger gehört und finden sich in den politischen Entscheidungen auch weniger wieder (vgl. Lehmann u. a. 2015: S. 161 ff.).

3. Höhere Hürden

Schließlich gilt es festzuhalten, dass die Fortschritte im Bereich direktdemokratischer Beteiligungsformen die Ungleichheit der Beteiligungschancen eher verschärft. Die partizipativen Innovationen der letzten Jahrzehnte (mehr direkte Demokratie in den Ländern und Kommunen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, Bürgerhaushalt, Planning for Real, Zukunftswerkstätten, Planungszellen usw.) kommen insbesondere jenen zugute, die sich ohnehin beteiligen.

Es besteht also mindestens die Gefahr, dass sich damit die soziale Ungleichheit in der politischen Partizipation weiter verstärkt (vgl. Vortrag Oscar W. Gabriel am 25.06.2018 HAW Würzburg). All die neuen alternativen Beteiligungsformen setzen ein gesteigertes politisches Interesse sowie hohe Motivation zur Informationsbeschaffung voraus. Sie erfordern für die aktive Beteiligung umfangreiche Kompetenzen in Bezug auf Kommunikationsfähigkeit, Verhandlungsgeschick, strategischem Denken und Selbstvertrauen.

Die Datenlage lässt keine Zweifel, Menschen in prekären Lebenslagen, also Menschen mit niedrigem Einkommen, unsicherem Erwerbsstatus und in Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, beteiligen sich weniger an Politik und ihre Interessen werden in der Politik auch weniger berücksichtigt.

Politische Bildung und Soziale Arbeit sind hier im Sinne der demokratischen Gleichheit aller BürgerInnen aufgefordert Angebote zu machen, die darauf zielen, die Beteiligungschancen von Menschen in prekären Lebenslagen zu erhöhen. Dazu aber gilt es zunächst zu klären, welche Ursachen ungleicher Beteiligung zugrunde liegen. Was beeinflusst zivilgesellschaftliches Engagement und politische Partizipation?

Als maßgeblich zur sozialwissenschaftlichen Erklärung politischer Beteiligung gilt seit Mitte der 90er

Jahre das sogenannte Civic-Voluntarism-Modell (CVM) von Verba, Schlozmann und Brady. Das Civic-Voluntarism-Modell liefert die theoretische Grundlage, um den Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status (gemessen über Bildung, Einkommen und Erwerbsstatus) und der zivilgesellschaftlichen wie politischen Partizipation von BürgerInnen zu verstehen.

In ihrer Studie „Voice and Equality" von 1995 identifizieren die Autoren drei Bündel von Erklärungsfaktoren, die Unterschiede im Partizipationsverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen erklären können und bringen dabei den negativen Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und politischer Beteiligung auf die einfache Formel: „because they can´t; because thy don´t want to; or because nobody asked" (Verba u. a. 1995: S. 269).

Ob und inwiefern sich Personen beteiligen, hängt mithin

1. von ihren Ressourcen,
2. von ihrer politischen Involviertheit und
3. von politischer Rekrutierung ab.

Ressourcen

Politische Beteiligung ist ein aufwändiger Prozess. Neben allgemeinen Ressourcen wie Geld (Einkommen) und Zeit erfordert sie nach Verba u.a. auch zivilgesellschaftliche bzw. politische Kompetenzen (Civic Skills). Dabei sind mit Civic Skills sowohl kommunikative als auch organisatorische Fähigkeiten gemeint. Die angesprochenen kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten zeigen sich durch sprachliche Ausdrucksfähigkeit, Erfahrung im Halten von Reden sowie der Organisation von Treffen oder dem formalen Bildungsgrad.

Politischen Beteiligung

Ein Mindestmaß an Ressourcen gilt zwar als notwendige Voraussetzung für Partizipation. Allein die grundlegende Fähigkeit zur politischen Partizipation reicht aber nicht aus, damit BürgerInnen tatsächlich partizipieren. Sie müssen auch hinreichend motiviert sein. Neben Parteiidentifikation und politischer Informiertheit sind es für Verba u.a. vor allem das politische Interesse und die geglaubte politische Wirksamkeit („political effiacy" (Verba u.a. 1995: S. 272), welche die Bereitschaft erhöhen, sich politisch zu beteiligen. Damit Menschen sich einmischen, müssen sie das subjektive Gefühl haben, dass ihre Beteiligung tatsächlich einen Unterschied machen kann. Es geht auch darum, der Überzeugung zu sein, dass man etwas zu sagen hat.

Die entsprechenden Zusammenhänge hat Pierre Bourdieu in seinem Buch „Die feinen Unterschiede" im Kapitel „8. Politik und Bildung" (1982: S. 620-726) herausgearbeitet. „Die Neigung das Wort zu ergreifen, und sei es in seiner rudimentären Form – ein Ja oder ein Nein zu formulieren oder eine vorgegebene Antwort anzukreuzen -, steht in direktem Zusammenhang mit dem Gefühl, ein Recht auf Meinungsäußerung zu besitzen" (ebd., S. 642). „Dem autorisierten Machtwort der qua Status verliehenen Kompetenz, ... entspricht das Schweigen der nicht minder durch Status zugewiesenen Inkompetenz" (ebd., S. 647).

Politische Rekrutierung

Ob Menschen partizipieren ist aber nicht nur davon abhängig, ob sie können (1) und wollen (2), sondern auch davon, ob sie gefragt werden. Verba u.a. verstehen darunter die Einbindung in soziale Netzwerke. Soziale Netzwerke ermöglichen Zugänge zu Arenen politischer Auseinandersetzung, sind gleichzeitig Übungsfelder zur weiteren Ausbildung zivilgesellschaftlicher und politischer Fähigkeiten und erhöhen darüber hinaus die Wahrscheinlichkeit, dass man zu weiterer und mehr Beteiligung aufgefordert wird.

Welche Konsequenzen lassen sich daraus für Politische Bildung und Soziale Arbeit ziehen, wenn sie politische Beteiligung mit Menschen in prekären Lebenslagen mitgestalten wollen:

Wichtigstes Anliegen muss es sein, alltagsnahe politische Kompetenzen (Civic Skills) zu fördern. Das heißt zunächst einmal, dass es weniger darum geht, abstraktes Wissen zu politischen Themen (Po-

licy) und politischem System (Polity) zu vermitteln, sondern lebensweltorientiert, ausgehend von den Lebenslagen und vorhandenen Ressourcen der Betroffenen politisches Interesse aufzugreifen und zu stärken und auf diese Weise Aneignungsprozesse in Gang zu setzen. Es gilt mithin thematisch inhaltlich und didaktisch an die Lebenswelt von Menschen in prekären Lebenslagen anzuschließen und dabei Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihre tatsächlichen Lebensbedingungen ausreichend berücksichtigen (Kostenerstattung, Orte der Bildung usw.)

Politische Bildung und Soziale Arbeit müssen dabei grundsätzlich daraufhin angelegt sein, die Selbstwirksamkeitserfahrungen der TeilnehmerInnen zu stärken. Der Ansatz des „Empowerment", die „Pädagogik der Befreiung" (Freire), die „Gemeinwesenarbeit" oder das „Community Organizing" bieten hier vielfältige theoretische und methodische Anregungen.

Schließlich gilt es aber vor allem mehr reale Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen in prekären Lebenslagen zu schaffen. Insbesondere für die Soziale Arbeit, die wesentlich die Lebensbedingungen von Menschen in prekären Lebenslagen beeinflusst, bedeutet das, sie muss mehr Partizipation und Mitbestimmung in ihren Einrichtungen und Diensten zulassen. Angesichts realexistierender Fürsorgeverhältnisse ergeben sich durchaus provozierende Fragen: Warum gibt es keine Elternbeiräte an Jugendämtern? Warum findet man kaum Job-Center mit Arbeitslosenräten? Warum werden Patientenräte, Bewohnerversammlungen usw. nicht (gesetzlich) mit mehr Mitsprache- und Mitbestimmungsrechten ausgestattet? Für die Politische Bildung wie für die Soziale Arbeit gilt es mehr Demokratie zu wagen.

Literatur

Bourdieu, P. 1982: Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M.

Bundesregierung (Hrsg.) 2008: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, (download).

Elsässer, L./Hense, S./Schäfer, A. 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998-2015. Endbericht (Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn (download).

Lehmann, P./Regel, S./Schlote, S. 2015: Ungleichheit in der politischen Repräsentation. Ist die Unterschicht schlechter repräsentiert?, in: Merkel, W. (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden, S.157-180.

Verba, S./Schlozmann, K. L./Brady, H. E. 1995: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge/London.

Weßels, B. 2015: Politische Ungleichheit beim Wählen, in: Merkel, W. (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden, S. 67-94.

Willems, U./von Winter, T. (Hrsg.) 2000: Politische Repräsentation schwacher Interessen, Wiesbaden.

Perspektive der Basis

Doris Kölz/York Töllner, Basisbeitrag LAK-BW zum Fachtag

Dieser Beitrag ist ein gemeinsames Arbeitsergebnis einer Vorbereitungsgruppe der Landesarmutskonferenz LAK-BW. An dieser Gruppe und diesem Beitrag haben insgesamt 9 Personen von Mai – Oktober 2018 mitgearbeitet. Dieser Beitrag ist auch Teil der Aktionswoche 2018, die diese Woche läuft. Sie steht unter dem Motto „Teilhaben//Teilsein – Bildung. Arbeit, Wohnen sind Menschenrechte!"

Zu Anfang meines Beitrages möchte ich Ihnen zur Einleitung in das Thema, folgende Zitate aus der Gründungsversammlung der LAK-BW am 10.03.2012 in Offenburg vortragen. Aus meiner Sicht sind diese Einschätzungen aus dem Gründungsprozess „LAK-BW von unten" ein Baustein für nachfolgende Diskussionen und zur Meinungsbildung dieses Fachtages.

York Töllner, Landesarmutskonferenz

Zitat vom 10.03.2012: „Wir bewegen uns auf einem schmalen Grat, der die „Überflüssigen", die sogenannten Menschen am Rande - die keiner mehr braucht! - in sämtlichen Kontexten außen vor lässt und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft."

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge erklärt die gesellschaftliche Lage in seinem Buch: „Die gespaltene Gesellschaft" so: „ Armut kann im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht durch zunehmenden Reichtum beseitigt werden, da beide (also Armut und Reichtum) systembedingt sind und sie konstitutive (= grundlegende) Bestandteile des Kapitalismus sind.

Weiter heißt es: „Es existieren in der Bundesrepublik längst zwei Welten von „Parallelgesellschaften" und die Brücken dazwischen scheinen bereits endgültig abgebrochen".

Deshalb wurde damals bei der Gründungsversammlung der LAK-BW am 10.03.2012 dafür plädiert, dass wir Gegenstrategien entwickeln, neue Konzepte der Armutsbekämpfung fordern, sowie ein breites Bündnis von Menschen und Netzwerken benötigen, das sich das Thema zur eigenen Sache macht.

Noch ein abschließendes Zitat aus dieser Gründungsversammlung: „Armer Mann und reicher Mann standen da und sah´n sich an. Da sagte der arme Mann zu dem reichen Mann: Wäre ich nicht arm, so wärst Du nicht reich."

Nun aber zur „Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen" aus unserer Sicht heute. Man kann davon ausgehen, dass sowohl die Diskussion um die materiellen Ressourcen als auch die Debatte um die sogenannten Lebenslagenansätze, eine passende Methode ist, um zu beurteilen, was mit den Menschen geschieht, die in Zonen der Armutsgefährdung (15,8 %) leben oder die bereits dauerhafter Bestandteil des Hartz IV-Systems (9 – 11%) sind.

Die Ressourcenarmut betrifft die Einkommens- u. Vermögensarmut. Der Lebenslagenansatz betrachtet vor allem die Unterversorgung bezüglich Arbeit (von prekärer Arbeit bis zu Erwerbslosigkeit), Bildung, Wohnen, Gesundheit, Migration, Partizipation und Ökologie. Daraus resultierend – also aus Lebenslagen und materieller Armut - entstehen

- Einsamkeit,
- Verlust sozialer Anerkennung,
- Drohende soziale Exklusion
- Drohender Verlust an Menschenwürde.

Die gesellschaftliche Anerkennung wird nahezu ausschließlich über den Besitz von Arbeit und Qualifikation definiert. Nach dem Motto: „Haste was – bist de was". Damit ist klar, dass der Verlust von Arbeit oder keine Bildung zu haben bedeutet, keinen positiven Status in dieser Gesellschaft zu erwerben.

Die Notwendigkeit bzw. die Inhalte von politischer Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen ergeben sich – nach unserer Diskussion und Auffassung - aus 5 Aspekten:

1. Die Lebenswelt und die Lebenslage der betroffenen Menschen.
2. Die Verfügbarkeit oder das Vorhandensein einer Gesellschaftsanalyse, die von den Prekarisierten bzw. den Armen geteilt wird,
3. Die realen Chancen der gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen wie politischen Beteiligung der Prekarisierten und Armen,
4. Die Veränderungen im Bildungsangebot der Erwachsenenbildung für den Personenkreis der Prekarisierten und Armen,
5. Die Befähigung und das Empowerment der Prekarisierten und Armen, ihre eigenen Interessen zu artikulieren, sich zu organisieren und zu Teilnehmern am gesellschaftlichen Diskurs zu werden.

Zu den einzelnen Punkten:

Zu 1. Lebenslage

Ausgangspunkt der Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen ist ihre direkte, unmittelbare und konsequente nachhaltige Beteiligung an diesen Prozessen. „Nichts für uns, ohne uns!". Dieser Satz aus der Inklusionsdebatte der UNO-Behindertenkonvention von 2006 gilt auch hier.

Dies setzt aber voraus, dass die Anbieter von Erwachsenenbildung wie Politischer Bildung die Lebenslagen der Prekarisierten und Armen kennen. Dies ist ein aktiver Prozess zwischen verschiedenen Menschen und Systemen auf Augenhöhe. Setzt Akzeptanz und Empathie, vielleicht eine „Leidenschaft für den Nächsten" (Saul Alinsky, 30er Jahre, Chicago) voraus.

Prekarisierte und Arme sind betroffen durch geringes Einkommen, Abhängigkeit von Transferleistungen des SGB II, einen geringen gesellschaftlichen Status, zugewiesenen Armutsrollen, politischer Ohnmacht und keiner Verfügbarkeit über Kapitalien im Sinne von Einkommen, Kultur, Bildung, Partizipation am gesellschaftlichen System und der Fähigkeit, sich selbst zu organisieren. (vgl. Pierre Bourdieu)

Sie begegnen einem Hilfe- und Organisationssystem von Sozialer Arbeit mit geringen Anteilen emanzipatorischer Ziele. Ihre Politisierung und ihre Selbstorganisation darüber findet nicht statt. Es gibt nach 5 Nationalen Armutsberichten (2001-2016) immer noch keine Agenda der Befähigung.

Zu 2. Gesellschaftsanalyse

Der Zerfall demokratischer Kultur, die Ratlosigkeit vieler Bürger, der Verlust an Lebensperspektiven in einem gemeinsamen Europa einerseits und die soziale Entkopplung vieler Menschen aus dem ökonomischen wie sozialen System andererseits, schaffen eine radikale Vertrauenskrise. Entfremdung, Nichtbeteiligung, Wahlboykott, Apathie – sozialer Aufstand und Proteste von politisch rechts sind in Deutschland die Folgen.

Viele Menschen verfügen über keine Deutung , Erklärung und Wissen um das Zusammenspiel von Ökonomie, Ökologie, Globalisierung und ihrem eigenen Leben. Sie können sich das Funktionieren der modernen Gesellschaft nicht erklären. Sie kennen keine Möglichkeiten in den Kreislauf, in das Räderwerk der gesellschaftlichen Entwicklungen einzugreifen:

- als Bürger,
- als Arbeitnehmer,
- als Stadtteilbewohner,
- als Konsumenten,
- als Kinder, Jugendliche, Eltern,
- als Gesamtbevölkerung.

Diesen negativen Teufelskreis aus „Alltag - Lebenslage – Ohnmacht" zu durchbrechen, würde die Erarbeitung einer Gesellschaftsanalyse im Kleinen wie im Großen erforderlich machen. Nur, wer soll das leisten, wenn nicht die Medien, die Zeitungen, die Hochschulen, die Institutionen der Erwachsenenbildung, der Grund– und Weiterbildung. Aber, meine Damen und Herren, ohne diese Gesellschaftsanalyse ist eine dauerhafte politische Einmischung von unten nicht vorstellbar.

Für die

- Selbstorganisation,
- die Selbstmandatierung und um
- Befähigung für gesellschaftliche Intervention zu erreichen,

ist eine Gesellschaftsanalyse aus der Perspektive der Prekarisierten und Armen notwendig. Dazu gehören Erkenntnisse bzgl. Ursachen und Wirkungen gesellschaftlicher Prozesse im Kleinen wie im Großen. Konkret müssen sich Menschen mit ihrem Alltag, ihrer Biographie und ihrem Leben in einem gesellschaftlichen Zusammenhang wiederfinden. Nur so entstehen Solidaritäten, Netzwerke und längerfristige Einflusschancen.

Zu 3. Beteiligung

Im Papier des Europarates vom 19.04.2018 als Rückmeldung an die EU Kommission zu „Leitlinien der Beschäftigungspolitik" finden sich diverse Passagen, die die Zielrichtung der politischen Beteiligung von unten begünstigen.

Wir - in der Arbeitsgruppe der lak-bw - haben uns entschlossen, Passagen aus diesem Text stellvertretend für den Punkt „Beteiligung der Prekarisierten und Armen" zu verwenden. So seien nachfolgend aus diesem Papier Passagen zitiert, die für unsere Positionen unterstützenden Charakter darstellen. Ich zitiere aus dem EU-Papier 19.04.18 zu Leitlinien der Beschäftigungspolitik in der EU:

„Es ist Aufgabe der Union, die aktive Teilhabe aller Bürger am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu fördern. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten - mit Unterstützung spezialisierter, nichtstaatlicher Organisationen - Menschen, die von Armut betroffen sind, Räume für Reflexion und Dialog schaffen, damit Menschen zur Beurteilung der sie betreffenden politischen Maßnahmen beitragen können.

Die Mitgliedstaaten sollten die notwendigen Investitionen, sowohl in die Grundbildung und die berufliche Erstausbildung ... und das lebenslange Lernen tätigen, ... auch nicht formales und informelles Lernen in den Blick nehmen.

Gemeinsam mit den Organisationen der Zivilgesellschaft ….. dafür sorgen, dass berufliche Bildung und von Menschen mit Behinderungen, von ethnischen und nationalen Minderheiten, von Einwanderern und Flüchtlingen Rechnung zu tragen ist."

Zu 4. Veränderungsprozess bzw. Perspektivenwechsel in Institutionen

Ohne einen radikalen Wandel der Ausbildungsinhalte auf die Bedürfnisse und Lebenszusammenhänge von Menschen in prekären Lebenslagen wird das nicht funktionieren. Dieses erfordert einen radikalen Wechsel bzw. eine Erweiterung der bisherigen Zielsetzungen von entsprechenden Institutionen der Bildung und Kultur. Dies erfordert einen radikalen Wechsel bzw. eine Erweiterung der bisherigen Zielsetzungen von entsprechenden Institutionen der Bildung und Kultur voraus.

In einem Austausch (Hearing) am 23.03.18 in Karlsruhe zwischen Betroffenen und den Etablierten zur Vorbereitung des heutigen Fachtages waren u.a. Misstrauen und soziale Isolation, sowie fehlendes Vertrauen in ein politisches System erkennbar. Auch sind meist keine Energiereserven von den betroffenen Menschen vorhanden, eine konsequente Einmischung zu entwickeln.

Die Menschen sind zu sehr mit ihrem existentiellen Überleben beschäftigt. Die Isolation durchbrechen… aber wie? Begegnung und Beratung …neu denken! D.h. Übergänge neu justieren.

Es sollten Räume zur Begegnung und des Dialoges in und durch die Institutionen der Bildung geschaffen werden. Die Schaffung neuer Begegnungsformate sind eine Grundvoraussetzung, um Menschen überhaupt zu erreichen. Institutionen der Erwachsenenbildung haben sich zu öffnen, haben sich zu demokratisieren. In ihren Organisationen und Angeboten müssen Menschen arbeiten, die diesem Perspektivenwechsel gegenüber offen sind. Leitungen müssen sich dies zu ihrer eigenen Sache machen.

Welche Inhalte und Methoden der Begegnungsstätten mit den jeweiligen Angeboten berühren die Menschen? Soziale, kulturelle und politische Befähigung brauchen Ebenen der Entwicklung und Umsetzung. Dazu sind Ressourcen an Menschen, Wissen, Räume und Infrastruktur in einem demokratischen Kontext vor Ort, landesweit wie national notwendig. Dies bedeutet die Öffnung der Institutionen der Fort- und Weiterbildung, auch die Öffnung der Zugänge zu Grundbildung und Alphabetisierung.

Zu 5. Befähigung und Empowerment

Vieles ist bereits gesagt und angerissen in den bisherigen Ausführungen. So soll unter 5. eher eine Zusammenschau erfolgen. Wo stehen wir in dieser Debatte? Es lässt sich festhalten, dass der Armutsbericht Baden-Württemberg 2015 einen ersten deutlichen analytischen Impuls für diese Diskussion gegeben hat.

Die lak-bw griff diesen Punkt auf, motivierte den Beirat im Sozialministerium und setzte sich mit gesellschaftlichen Institutionen der Fort- und Weiterbildung zusammen, fand deren Unterstützung und Interesse gemeinsam was zu machen. Das Sozialministerium, Herr Minister Lucha persönlich, unterstützt diesen Prozess von Anfang an. Man erkannte die Reichweite dieser Ansätze. Dafür danken wir sehr.

In einem Netzwerk aus Basis – Wissenschaft – Institutionen der Erwachsenenbildung - der Sozialen Arbeit erfolgt seit Januar 2017 eine gemeinsame Spurensuche. Träger dieses Netzwerkes sind die lak-bw und die Landeszentrale für politische Bildung.

Dieser Prozess ist zum einen die Fähigkeit des gemeinsamen Sprechens und Lernens, die Bündelung von Ressourcen, die Überprüfung bisheriger Strukturen und andererseits die Bereitschaft zum Perspektivenwechsel und zum Bruch mit traditionellen Ansätzen.

Dieser Prozess bietet sich weiter an. Es wird mit Sicherheit unterschiedliche Geschwindigkeiten auf diesem Weg geben. Der Anteil von unten – aus dem Kreis der Prekarisierten und Armen – ist kontinuierlich auszubauen, sie sind ja schließlich die Adressaten aller Bemühungen.

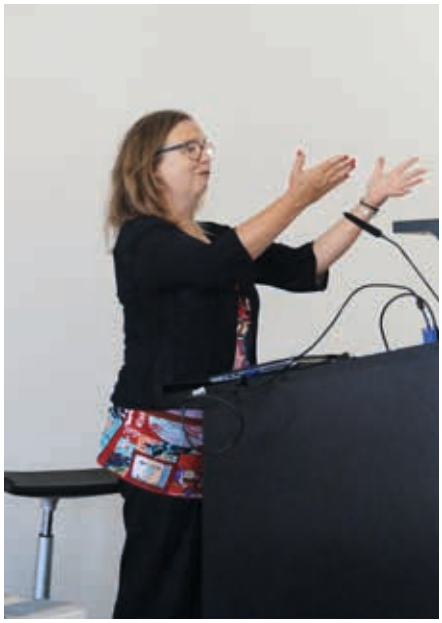
Wir kennen die frühe Arbeiterbildung, die Alphabetisierung in Lateinamerika, die Überwindung des Analphabetismus im 19. und 20. Jahrhundert. So werden wir auch lernen müssen, den Politischen Analphabetismus der Prekarisierten und Armen durch Politische Bildung zu überwinden.

Für die Armen und Prekarisierten bedeutet dies ebenfalls eine radikale Herausforderung. Es ist ein Sich-auf-den-Weg-machen erforderlich. Nicht der Rückzug in Isolation und Apathie ist gefragt, sondern die Übernahme einer aktiven gesellschaftsverändernden Rolle. Im Kleinen wie im Großen. Dafür brauchen wir Menschen, die sich befähigt haben, dafür brauchen wir Selbstorganisationen von Betroffenen, dafür brauchen wir umfangreiche Ressourcen, dafür brauchen wir veränderte Institutionen in Staat und Gesellschaft.

Perspektive der Erwachsenenbildung

Anja Dargatz, Fritz-Erler-Forum der Fritz-Erler-Stiftung

Ja, Menschen in prekären Lebenslagen beteiligen sich weniger an Politik, kandidieren selten, gehen weniger zur Wahl als andere gesellschaftliche Gruppen, engagieren sich weniger zivilgesellschaftlich. Armuts- und Reichtumsbericht 2012: Personen ohne Armutsrisiko fast jeder 4ter regelmäßig ehrenamtlich aktiv, bei den armutsgefährdeten jeder 10te 24,9 %/10%).



Anja Dargatz, Fritz-Erler-Forum

ABER: Sie sind deshalb nicht weniger politisch: Unter der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung interessierten sich 7,8 % sehr stark und 32,5 % stark für Politik. Bei den Armutsgefährdeten liegen diese Zahlen bei 6 % bzw. 27,5 %. Es geht nicht um gesellschaftspolitisches Desinteresse, sondern um Frustration und Desillusionierung gegenüber dem politischen System.

Es geht also nicht nur darum, mit der politischen Erwachsenenbildung einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch zu verwirklichen oder gar darum, Ausgeschlossene an politische Bildung heranzuführen: Es geht darum, politische Bildung um Ideen und Akteure zu bereichern.

„Wie erreichen wir bestimmte Zielgruppen" ist derzeit sicherlich eine der intensivsten Beschäftigungen der Institutionen der politischen Bildung: junge Menschen, Menschen mit Behinderung, Frauen, Männer – die gestresste Mitte – die wachsende Heterogenität der Gesellschaft fordert die politische Bildung derzeit grundsätzlich heraus. Die Zielgruppe der Menschen am sozialen Rand gehört dazu – mit ihren ganz eigenen Merkmalen.

Fakt ist, dass die Einrichtungen der politischen Bildung Menschen in prekären Lebenslagen so gut wie nicht erreichen – Ausnahmen bestätigen die Regel. Dafür gibt es verschiedene Gründe.

In der gesellschaftlichen Entwicklung:

- Tendenz, dass Gesellschaft und Politik grundsätzlich immer unabhängiger von einander werden. In Wahrnehmung und Debatten scheinen die Menschen „die Politik" immer mehr als einen Fremdkörper wahrzunehmen, denn als etwas, das ihren Alltag beeinflusst und gestaltet. Das Auseinanderklaffen von Arm und Reich trägt außerdem dazu bei, dass man sich nicht als Teil eines großen Ganzen fühlt – warum also mich dafür engagieren, wenn ich eh nicht dazu gehöre.
- Bildung als Zukunftsversprechen gilt nicht mehr in dem Maße, wie früher – das gilt dann auch für die politische Bildung. Der „lesende Arbeiter" ist rar geworden. In welchen Familien wird am Frühstückstisch noch Tagespolitik diskutiert – selbst ganz unabhängig vom Bildungsstand.
- Ein Bildungssystem, das statt gemeinsamen Lernens unabhängig von der Herkunft der Eltern eine soziale Segregation fördert, tut ihr Übriges.
- Das bleibt nicht ohne Auswirkung auf die politische Bildung.

In der Politischen Bildung selbst:

- Misstrauen: Institutionen der Politischen Bildung gehören zum Establishment, das enttäuschte Menschen ablehnen
- Inhalte: Die Inhalte der Angebote politischer Bildungsinstitutionen berühren selten den Alltag von Menschen in prekären Situationen.
- Formate: Die Formate sind nicht auf die Bedürfnisse von Menschen in prekären Lebenslagen.

- Geld: Hartz IV – 1,08 Euro steht im Monat für Bildung zur Verfügung, 35,33 Euro im Monat für ÖPNV. Ein Seminar des Fritz-Erler-Forum kostet 50 EU.
- Gestresst, wenig Zeit u.U. Scham, wenn man ein Bildungsgefälle vermutet, „FES = staatstragend"

Was können Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung tun? Mit dem Thema beschäftigen, (intern) sensibilisieren: Diese Menschen sind wichtig für unsere Arbeit. Vernetzen, um zu lernen und sich auszutauschen: Mit anderen politischen Bildnern und mit der Sozialen Arbeit (neu!)

Wenn ich von „Themen des Alltags" spreche, bedeutet das nicht, dass sich die Betroffenen nicht auch z.B. für die transatlantischen Beziehungen seit Trump interessieren, im Gegenteil. Aber um die Tür aufzustoßen, einen Kontakt herzustellen, müssen Themen mit Relevanz für die Betroffenen gewählt werden. Auf diese Weise Themen der Basis aufzugreifen, bereichert auch das eigene Portfolio.

Auch besteht bei den politisch denkenden Betroffenen, die die Hoffnung, etwas bewirken zu können noch nicht aufgegeben haben – ein großer Drang nach Aktion: Nicht nur reden, sondern machen! Auch dieser Ansatz könnte die Angebote der politischen Bildung bereichern, die sich häufig auf die „Bildung" konzentrieren und die „Aktion" auslagern. Ich denke, dass es auch unter Berücksichtigung von Mandat und öffentlichen Regeln hier noch Spielraum gibt, nicht nur zu „bilden", sondern auch mehr zu „aktivieren".

Pilote fest einplanen: Irgendwann muss man schlicht anfangen. Am besten mit einem Partner, der die Zielgruppe gut kennt und ein Eigeninteresse an einer Kooperation hat. Dieses Pilotprojekt auswerten und im Netzwerk verbreiten/Erfahrung teilen etc. und darauf aufbauend Folgeveranstaltungen aufbauen. Meine These ist, dass man zunächst nicht umhin kommt, (auch) spezielle eigene Angebote zu machen. Parallel dazu kann das bestehende Angebot angepasst werden – z.B. in dem man sein Programm an entsprechende Einrichtungen schickt oder die Demokratie-Begleiter sind dazu ein tolles Angebot. Aber diese Wege führen nicht zu der gegenseitigen Befruchtung, von der ich anfangs gesprochen habe. Dies findet nur durch einen gleichberechtigten Austausch – auf Augenhöhe – statt. Das heißt: Extra-Ressourcen.

Da es um Format und Organisation geht, ist es wichtig, dass das Thema nicht nur in den Händen des wissenschaftlichen Personals einer Institution liegt: Den ersten Kontakt haben Prekäre, die sich z.B: für ein Seminar anmelden wollen, mit einer Sachbearbeiterin. Um Vertrauen und Respekt zu transportieren, ist es a) wichtig, eine solche Einstellung im Team sicherzustellen und b) transparente Regeln zu haben, wie wir mit Menschen, mit wenig Geld umgehen. Erlassen wir die Gebühren? Wollen wir einen Nachweis? Vertrauensbasis? Kümmern wir uns um eine Mitfahrgelegenheit? Satz im Programm „wenden Sie sich an" – rein Symbol-Charakter, aber etwas, was man schnell umsetzen kann.

Falls man das Thema etwas grundsätzlicher angehen möchte: Institutionen der politischen Bildung sollten Akteure, Entwicklungen, Themen etc. der Gesellschaft abbilden und aufnehmen – repräsentativ sein. Es gibt Einrichtungen, die haben z.B. einen Jugendrat, über den sie sich grundsätzlich und dauerhaft Input und ein gewisses Monitoring ihrer Arbeit aus Perspektive der Jugend erhoffen. Wie lässt sich die Perspektive von Menschen am sozialen Rand auf unsere Arbeit – grundsätzlich - sicherstellen? Man kann sich verschiedene Strukturen vorstellen, zentral/dezentral, ein Beirat, ein Beratungsgespräch, wenn das Jahresprogramm fertiggestellt ist – und es gibt ganz sicherlich noch innovativere Ideen. Aber sich das Feedback aktiv einzuholen – z.B. nach einer Pilot-Kooperation – kann das Programm nur bereichern.

Wolfgang Klenk, Allianz für Beteiligung

Die Allianz für Beteiligung ist ein unabhängiges Netzwerk und hat zum Ziel, Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg zu stärken. Sie will in Politik, Verwaltung und Wirtschaft ein Bewusstsein dafür schaffen, dass gesellschaftliche Herausforderungen mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern besser gemeistert werden können und erreichen, dass sich Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse in ihrer Stadt oder Gemeinde einbringen, vor Ort mitreden, mitgestalten und auch mitentscheiden können. Ein besonderes Anliegen ist, in Beteiligungsprozesse auch die Gruppen einbeziehen, die sich bislang zu politischen und gesellschaftlichen Themen wenig einbringen.

Wolfgang Klenk, Allianz für Beteiligung

Die laufende Arbeit der Allianz für Beteiligung wird vom Land Baden-Württemberg finanziert. Daneben ist die Allianz für Beteiligung Träger verschiedener Projekte vorwiegend des Landes.

Politische Beteiligung ist für uns von großer Bedeutung, weil sie ein Beitrag dazu sein kann, die Identifikation der Menschen mit unserer Demokratie zu stärken. Uns geht es dabei um eine frühzeitige und mitgestaltende Beteiligung der Menschen – und sie muss tatsächlich ernsthaft und nachvollziehbar sein.

Vor diesem Hintergrund vier Anmerkungen und ein Hinweis:

1. Es gibt ein Recht auf Teilhabe.

Ich definiere Teilhabe als „Einbezogensein in eine Gemeinschaft". Das heißt: dass alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben müssen. Dabei geht es um einen sehr grundsätzlichen Anspruch, um ein Grundrecht.

Formell gilt das bei uns natürlich überall.

Tatsächlich sind aber die Möglichkeiten, dieses Recht wahrzunehmen, ziemlich ungleich verteilt; ein bisschen ist das wie in dem bekannten Beispiel, dass jede und jeder das Recht hat, seine Meinung in „Wort, Schrift und Bild" frei zu äußern. Aber: Wer hat die Möglichkeit dazu?

Nimmt man das Recht auf Teilhabe ernst, ergibt sich eine klare Verpflichtung, nämlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Recht auf Teilhabe tatsächlich auch von jedem und jeder wahrgenommen werden kann.

Dabei geht es mir und uns noch um etwas anderes: Nicht-Teilhabe und Ausgrenzung führen zu einer „Ohnmachtserfahrung". Aber nur wer die Erfahrung gemacht hat, Teil zu haben, beteiligt zu sein, Einfluss nehmen zu können, wird sich engagieren. Deshalb hat Beteiligung ganz viel mit politischer Bildung, aber auch mit einer Verteidigung unserer demokratischen Gesellschaft zu tun!

Aber wie geht das?

2. Voraussetzung ist immer Information und Transparenz.

Ohne Information und das Recht auf Information ist Teilhabe nicht möglich. Und dabei geht es dann um eine Bringschuld, die Verpflichtung vor allem des Staates, sein Handeln und dessen Folgen transparent zu machen. Und darum, Informationen auf angemessene Art und Weise zur Verfügung zu stellen.

Dabei geht es um die Sprache. Meine/unsere Erfahrung aus Beteiligungsprozessen ist, dass es immer auch darum geht, verständlich zu sprechen und oft auch darum, Begriffe und Zusammenhänge zu erklären.

Es geht um die Zugänge: Wo kann das Recht auf Teilhabe wahrgenommen werden, wo findet Beteiligung statt? Schrecken die Orte ab, schließen sie faktisch bestimmte Menschen aus? (Nebenbei bemerkt: Ähnliches gilt auch für Zeiten …)

Und es geht um die Themen: Was berührt die Menschen, was ist für sie wichtig? Nicht all das, was „die Verantwortlichen" wichtig finden, ist auch das, was die Betroffenen wichtig finden. Und die Bedeutung von Themen kann je nach Gruppe sehr verschieden sein!

3. Nimmt man/frau Teilhabe als Verpflichtung ernst, so kann dies nicht stellvertretend für andere geschehen, sondern es muss darum gehen,

- Betroffene „sprachfähig" zu machen, in die Lage zu versetzen, mitzureden. Das heisst auch die materiellen Bedingungen dafür zu schaffen (z.B. Fahrtkosten …)
- Sie darin zu unterstützen, sich zu organisieren. Dies ist wichtig, weil Organisationen Themen setzen" können und eher wahrgenommen werden.
- Sie und Ihre Organisationen einzubeziehen
- Und mit ihnen in Dialog zu treten.
- Es ist nämlich grundsätzlich etwas anderes, ob wir für andere sprechen – und sei es auch noch so gut gemeint – oder ob wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen ihre Interessen selbst vertreten können.

4. Für den Dialog gilt:

- Sich gegenseitig zuhören
- Dabei andere Meinungen zu achten und zu akzeptieren
- Nach Gemeinsamkeiten zu suchen, statt Gegensätze zu betonen und
- Natürlich die Bereitschaft zum Kompromiss!
- Und es braucht oft viel Geduld!

Und nun der angekündigte Hinweis:

Eine Möglichkeit, die Voraussetzungen zu verbessern ist, sich dafür Unterstützung zu holen. Diese Idee steckt hinter unserem Programm „Gut Beraten". Dort wird – mit unterschiedlichen Schwerpunkten – die Beratung und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gefördert. Auch bezüglich möglicher Organisationsformen. Schwerpunkte sind aktuell: Quartierentwicklung, ländlicher Raum, Mobilität und Integration. Und es muss immer um Beteiligung gehen.

Die Kolleginnen in der Geschäftsstelle der Allianz für Beteiligung beraten Sie gerne!

Ein synoptisches Raster der Interpretation aus den einzelnen Beiträgen

	Basis	Soziale Arbeit	Sozialwissenschaften	Erwachsenenbildung
Analyse der Situation	Materielle Dimension und Lebenslagen der Deprivation in vielen Bereichen(Macht, Einfluss, Bildung, Kultur etc.) bestimmen den Alltag der Prekären.	DBSH: Ausgrenzung, Armut und Prekarität finden sich auf den Ebenen der Person, der Strukturen und den gesellschaftlichen Faktoren. Wohlfahrts-Verbände: Keine Analyse der Relevanz von politischer Bildung, keine Klarheit des Profils in dieser Richtung.	Mangelhafte Teilhabe, mangelhafte Beteiligung und mangelhafte politische Wirksamkeit der Menschen in prekären Lebenslagen. Armutsrisiko und politische Nicht- Partizipation bestimmen die Lebenslagen.	Die Armen und die Prekären kommen in unserem beruflichen und sozialem Alltag der Bildungseinrichtungen/der Erwachsenenbildung nicht vor. Wir sind Orte des Misstrauens für die Prekären, unsere Formate haben nichts mit dem Alltag dieser Menschen zu tun.
Beschreibung der Statik und Dynamik der Lebenslagen	Materielle und nicht materielle Lebenslagen stoßen auf eine radikale Vertrauenskrise, Entfremdung und Skepsis der Prekären in Richtung Gesamtgesellschaft	Neoliberale Prozesse eines gesellschaftlichen Wandels haben die Lebenslagen der Betroffenen verschärft und den Blick Sozialer Arbeit ethisch-normativ sowie ökonomisch verändert und damit sozial geschwächt.	Lebenslagen der Prekären sind hinsichtlich ihrer Mitwirkung etc. nahezu ausschließlich statisch. Sie sind nicht in Bewegung. Ihre Lebenslagen werden von der Politik weitgehend ignoriert und nicht politisch aktiv überwunden.	Menschen in prekären Lebenslagen erwarten Themen mit Relevanz für ihr Leben, sie wären auch offen für Aktion. Bildung und Aktivieren würden sehr eng zusammenhängen. Die Lage der Armen erzeugt Rückzug und Scham.
Relevanz Bildung/ Politische Bildung	Erhöhung der Chancen gesellschaftlicher, sozialer wie kultureller Beteiligung. Zivilgesellschaftliche Garantie von Bürgerrechten und Bürgerstatus.	Soziale Arbeit im Studium konzentriert sich auf Einzelfallhilfe und verliert sich in früher Spezialisierung, ignoriert das politische Mandat sozialer Arbeit, Erwerb politischer Kompetenz im Beruf.	Politische Bildung könnte das Niveau der Beteiligung sowie die Organisationsfähigkeit des Prekariats verbessern; neue Formen der Beteiligung und Politik in den sozialen Bewegungen setzt Information, Motivation, Ressourcen, politisches Ankommen und die Rekrutierung voraus, sowie den Erwerb von sozialen skills.	Politische Bildung ist ein Beitrag zur Identifikation der Menschen mit unserer Demokratie, bedeutet einen Einstieg in erweitere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sichert Anerkennung, überwindet Ohnmacht, verteidigt unsere Demokratie.
Probleme und Hindernisse der Wirkung Politischer Bildung	Politische Bildung stößt auf geringes Kapital an Bildung, Einkommen, Kultur Partizipation bei betroffenen Menschen	Das soziale Feld der Träger und Einrichtungen ist auf Veränderung nicht vorbereitet. Keine Bereitschaft der Abgabe von Macht. Können und Wollen?	Um politische Bildung als langfristige politische Wirksamkeit für das Prekariat zu gestalten, bedarf es der Überwindung vielschichtiger Hindernisse und Blockaden.	Prekäre haben keine Sprachfähigkeit, die materiellen Rahmenbedingungen passen nicht, politische Bildung löst keine Organisierung der Betroffenen aus.

	Basis	Soziale Arbeit	Sozialwissenschaften	Erwachsenenbildung
Erfordernisse der Zivilgesellschaft und Partizipation	Zerfall demokratischer Kultur, Verlust einer europ. Vision, geringe Inklusion und Partizipation, keine klar erkennbaren Ziele demokratischer Beteiligung	Die Menschen müssen selbst in einer Gesellschaftlichen Praxis ihre Selbstwirksamkeit entwickeln. Politische Bildung soll die Interessen der Prekarisierten in demokratischen Aushandlungsprozessen absichern.	Arme sind seltener Mitglied einer politischen Partei oder sozialen Bewegung, sie kennen keine Strategien der Einmischung, ihnen sind Formen des Protestes und zivilen Ungehorsams fremd, sie nehmen ihre Grundrechte nicht wahr.	Wenn Prekäre Menschen in der Zivilgesellschaft ankommen und zugehörig sind, dann setzt das gesicherten Dialog der beteiligten Gruppen voraus; skills und Sprachfähigkeit; ihre Themen sind wichtig, in der Zivilgesellschaft einen Ort zu bekommen. Das Recht auf Teilhabe ist viel zu wenig selbstverständlich.
Transformation der bisherigen Zustände: Analyse und Überwindung des status quo	Bewusstseinsprozesse, Selbstermächtigung, Lernprozesse des Kollektiven, Netzwerke, Herausforderung von Institutionen im Sinne eines radikalen Perspektivenwechsels, Übernahme einer aktiv gesellschaftsverändernden Rolle durch die Prekarisierten	Soziale Arbeit setzt ein generalistisches Studium voraus, in dem gesellschaftliche und politische Zusammenhänge und das politische Mandat deutliche Gewichtung haben. Methoden der GWA, eine professionelle Personalausstattung, Öffnung der Institutionen, ethische Haltungen, konsequente Einbeziehung und Selbstmandatierung. Modell von Individualhilfe, Gruppenprozessen; Orientierung in sozialen Räumen werden politische Entwicklungen anstoßen.	Die Politikwissenschaft und die Praxis wie Theorie sozialer Arbeit besitzt zum grössten Teil Erklärungswissen und Analyse der Situation. Wie reagieren auf den Teufelskreis von niedrigem Einkommen, unsichererem Erwerbseinkommen, vielfacher Transferleistung? Wie demokratische Gleichheit aller Bürger erreichen? Motivation? Ressourcen? Glauben an politische Wirksamkeit? Organisationsfähigkeit und Verbindung zu politischen Netzen? Empowerment, Pädagogik der Befreiung, Gemeinwesenarbeit etc. könnten den Weg der Veränderung andeuten.	Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft sowie der Bildungsauftrag der Institutionen der Erwachsenenbildung haben sich zu öffnen. Die Prekären sind die neuen Zielgruppen des Pollitischen Bildungsauftrages. Die Ungleichheit und der meist tatsächliche Ausschluss der Prekären ist unerträglich und Provokation. Es ist Bringschuld des gesellschaftlichen Systems hier zu investieren. Materiell, personell und strukturell. Pilotprojekte, Folgeprojekte, Einbindung und Repräsentanz der Betroffenen in den Institutionen der Grundbildung, der Fort- und Weiterbildung bis zur Öffnung der Akademien und Hochschulen für die Themen und die Menschen aus dem Prekariat.

Berichte aus den Workshops

Am Nachmittag trafen sich die Teilnehmenden in 5 parallelen Workshops und diskutierten zu den drei Leitfragen. „Wo stehen wir aktuell in dem Thema der politischen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen? Wo wollen wir hin? Wie wollen wir das erreichen, bzw. wie kommen wir dorthin?" Gerade in den Workshops wurde deutlich, was diesen Fachtag besonders auszeichnete: In den bunt gemischten Arbeitsgruppen aus Menschen in prekären Lebenslagen, Mitarbeitenden von Bildungseinrichtungen und aus der Sozialen Arbeit, Ministeriumsmitarbeitenden, Studierenden und Professoren/innen wurde auf Augenhöhe und offen diskutiert – jeder Teilnehmende konnte seine ganz besondere Perspektive einbringen. Diese große Vielfalt wird auch in den Diskussionsergebnissen deutlich, die deshalb hier ganz bewusst weder vereinheitlicht, gekürzt noch aufeinander angepasst wiedergegeben werden – auf diese Weise werden die unterschiedlichen Meinungen, Wünsche und Diskussionen besonders deutlich. Gemeinsamer Nenner aller Workshops ist jedoch der Wunsch nach mehr Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen und das es dafür Räume bedarf – die Mitarbeitenden aller beteiligten Institutionen, Ministerien, Einrichtungen und die Menschen in prekären Lebenslagen müssen aufeinander zugehen und gemeinsam Lösungen finden.

Im Folgenden die Berichte aus den Workshops (Teilweise auf den Blättern zu findende Stichworte)

Workshop 1: (Matthias Kathan/Felix Steinbrenner)

Die Lak-bw ist ein Teil des politischen Prozesses, um den es hier geht. Es betrifft die Lebenslagen der Betroffenen. Es geht um Chancen der Partizipation.

1. Wo wollen wir hin?
   - Überwindung der Scham und Stigmatisierung. Erreichen von Mündigkeit und eines Rechts auf Beteiligung.
2. Wie kommen wir dort hin?
   - Wir überprüfen unsere komplizierte, verwissenschaftlichte, teils akademische Sprache.
   - Wir überprüfen unsere Ausbildungsinhalte hinsichtlich Sensibilität bzgl. der Lebenslage betroffener Menschen.
   - Wir verpflichten uns, Akteure zu beteiligen!
   - Wir brauchen Geduld und langen Atem. Wir stellen uns darauf ein.

Workshop 2: (Günter Rausch/Wolfgang Klenk)

Stichworte:

- leichte Sprache schaffen
- Vernetzung von Ideen und Projekten
- Niedrigschwellig
- Lebenswelten
- praktisch-politische Aktionen
- Vertrautheit
- Zuhören
- wider die Verdrossenheit
- garantierte Erreichbarkeit
- Barrieren abbauen

Konsequenzen:

1. Persönliche Begegnung und Orte der Begegnung schaffen, Langfristigkeit von Prozessen und kontinuierliche politische Bildung
2. Informationen, Urteilsvermögen stärken, Pluralität statt Gleichschaltung, Organisationen schaffen und bilden, politische Einmischung als Normalität. Einrichtungen demokratisieren.
3. Reibungen suchen, Stigmatisierungen abbauen, Scham beenden.
4. „Entwicklung eines Parlamentes der Ausgegrenzten", „Armut sichtbar machen".

Workshop 3 (Michael Lesky/Knut Becker)

Grundziele:

- Beiräte in Organisationen und Einrichtungen
- Leichte Sprache und Sprachcodes verändern
- Garantie von Augenhöhe
- Konzepte der Selbstwirksamkeit

Methoden:

- Bürgernähe und Kommunikation unten
- Neutraler Boden
- praktisch-politische Aktionen
- aufsuchende Ansätze
- keine sinnlosen Diskussionen
- Verzicht auf akademische Sprache

Dr. Michael Lesky, VHS-LV Baden-Württemberg

Workshop 4 (Doris Kölz/Richard Reisser)

Situation und Analyse:

- keine dauerhaften strukturellen Angebote von Trägern der Erwachsenenarbeit
- keine Struktur und Planung von Bildung
- Wir brauchen eine Erhebung: was wollen die Menschen? Bedarfe und Sinn!
- Orte schaffen, an denen alle an einem Tisch sitzen!
- Die Hürden der Beteiligung sind hoch!!!!
- Kosten der Mobilität als Begrenzung des Aktionsradius von Bildung und Partizipation.
- Anlaufstellen an jedem Ort?
- Dreischritt: Sozialbildung – Grundechte – Politische Bildung
- Begreifen, dass wir in viele unterschiedliche Gruppen zerfallen, trotz Pluralität
- Angebote werden nicht genutzt
- Welche Rechte haben wir? Wer weiß da mehr?
- Aufsuchende Arbeit, Menschen abholen
- vorhandene Strukturen, Räume Infos etc.nutzen
- Bildungsarbeit medial aufmischen, Apps etc.
- Sozialraumorientierung, keine Ghettos schaffen
- Alleinerziehende einbeziehen und deren Erziehungsaufgaben erleichtern
- Finanzausstattung der Treffs und des Personals incl. Ehrenamtlichkeit

Doris Kölz, Landesarmutskonferenz

- Projekte des bedingungslosen Grundeinkommens
- Lobbyarbeit von Gemeinde, Kreis, Land, Bund bis Europa
- Menschenrechte, Bürgerrechte, Solidaritäten, Vertrauen
- Lebenswelten des sozialen wie kulturellen Lernens
- Projektaktionen

Was müssen wir tun?

- Multiplikatoren finden, Ehrenamt ausbauen
- Politik mit Medien und Öffentlichkeit verbinden
- Inhalte über Netzwerke verbreiten
- in Medien investieren
- Wissenschaft integrieren
- Entlohnung des Ehrenamtes
- Alltagsentlastung

Richard Reisser, Landesarmutskonferenz

Zitat im Workshop: „Armut ist nicht nur eine Frage des Geldes. Armut entsteht im Kopf"

Workshop 5 (Anja Dargatz/Günter Rieger)

In der Arbeitsgruppe war eine ausgewogene Mischung von Betroffenen, Menschen in der Sozialarbeit und Vertreter_innen der politischen Bildung vertreten.

Zusammenfassung von Ergebnissen und Erkenntnissen (zwei Flip-Charts liegen vor):

- Die Gruppe von Menschen in prekären Lebenssituationen ist heterogen: ein arbeitsloser Akademiker hat andere Interessen und Bedürfnisse als z.B. jemand der lange auf der Straße gelebt hat als z.B. jemand mit Sucht-Erfahrung. Diese Heterogenität muss bei der Konzeption von Angeboten berücksichtigt werden.
- Diese unterschiedlichen Gruppen in Armut dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden (betrifft besonders Zugewanderte)
- Als ersten Schritt muss man erstmal Raum für politische Bildung im Leben von Menschen in Armut schaffen.
- Menschen in prekären Lebenslagen wollen etwas „mit nach Hause" nehmen: Verbindung von inhaltlichem Input und Debatte mit konkreten Hilfsangeboten (Kontakte, Flyer, Themen nahe am Alltag): Politische Bildung muss die übergeordneten Strukturen/Machtverhältnisse mit der individuellen Lage einer Person in Verbindung setzen
- Der Ansatz für politische Bildung mit Menschen in Armut ist vor Ort (Quartier, Nachbarschaft, Einrichtung)
- Besonders Menschen in prekären Lebenslagen – aber eigentlich auch alle anderen – muss man mit dem Herzen erreichen (Gefühle, Geschichten, Alltagsnähe)
- Politische Bildung kann Menschen in Armut vernetzen und organisieren und sie dadurch stärker machen (Bsp. Bewohnerrat in Obdachloseneinrichtung)
- Es wurden Best-Practice genannt. Ex-In, Keiner geht allein zum Amt, Pforzheim, LAK: sammeln, daraus lernen
- Das Personal von politischer Bildung braucht Schulungen bzw. Unterstützung im Umgang mit Menschen mit psychischen Störungen, Sucht-Erfahrung, etc.

Konsequenzen aus dem Fachtag

Roland Sauerer, Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg

Ausgangspunkte des Netzwerkes „Politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen“

1. Der Armutsbericht von 2015
2. Die Mobilisierung von Betroffenen und Aktivisten im Rahmen der Landesarmutskonferenz und die Bereitschaft von Landeszentrale und diversen weiteren Initiativen und Organisationen einen gemeinsamen Prozess zu starten.
3. Die offene Frage, wie sind politische Bildungsprojekte zu gestalten, dass sie Menschen in prekären Lebenslagen erreichen?
4. Wie werden Menschen in prekären Lebenslagen selbst zu Akteuren in ihrer eigenen Sache?
5. Welche gesellschaftlichen Institutionen der Fort- und Weiterbildung bzw. der Politischen Bildung tragen besondere Verantwortung für die sachgerechte Entwicklung von Angeboten und Modulen von Bildung bzw. Politischer Bildung?

Institutionen sind mit Sicherheit: Erwachsenenbildungseinrichtungen, Volkshochschulen, Politische Stiftungen, Akademien, Schulen und Hochschulen, Verbandseigene Einrichtungen der Fort- und Weiterbildung, Träger von Angeboten der Sozialen Arbeit, die Bundesagentur für Arbeit, die Ministerien der Länder für Soziales, Kultur, Ökologie und Verkehr. Das Menschenrecht auf Bildung, Erziehung, gesellschaftliche Beteiligung und Elemente des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sind allen Überlegungen, Konzepten, Zuständigkeiten und gesetzlichen Regelungen vorrangig. Exemplarisch seien hier nur die Kinderrechte und die UN-BRK genannt.

Wir haben einen rund 2jährigen Prozess in einem sich erweiternden gemeinsamen Netzwerk zurückgelegt und haben mit dem Fachtag vom 17.10.2018 zudem noch der Aktionswoche 2018 in Baden-Württemberg „Armut bedroht Alle!“ ein besonderes Gepräge gegeben. Der Fachtag löste offizielle und informelle Begegnungen aus. Er hat bei den Teilnehmern und Beobachtern erstaunlich positive Zustimmung gefunden und hat die bisherige Diskussion zu diesem schwierigen gesellschaftlichen Feld verändert. Soziale und kulturelle Beziehungen zwischen einzelnen gesellschaftlichen Akteuren werden die bisherigen Muster der Beziehungen von gesellschaftlichen Gruppen infrage stellen. Dies hat sich auch auf dem Hearing in Karlsruhe ergeben, das in der Dokumentation zu Beginn angesprochen wird und das im Materialteil der Dokumentation neben anderen Quellen gesondert belegt ist.

Der Fachtag hatte eine große Nachfrage, so dass diverse Personen und Gruppen den Fachtag nicht besuchen konnten. Dieser Überhang an Anmeldungen deutet darauf hin, dass im Kampf gegen Armut und Ungleichheit weitere gesellschaftliche Potentiale brachliegen. Dies betrifft auch die notwendigen Aspekte der Armutsbekämpfung als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die keinesfalls gesondert nur einem Landesministerium zuzuordnen ist . Zum Beispiel sind hier Sozialministerium und Kultusministerium gleichermaßen gefragt. Auch die Betonung des Ausbaus der Zivilgesellschaft in Baden- Württemberg spielt an dieser Stelle eine wichtige Rolle.

Ausgehend vom Grußwort des Ministers, das erstaunlich offen und authentisch wirkte, ausgehend von den Beiträgen der einzelnen Schwerpunkte: Basisvertreter, Sozialwissenschaft; Erwachsenenbildung/ Zivilgesellschaft, Soziale Arbeit in Form von Liga der Wohlfahrtsverbände und Berufsverband dbsh, stellt sich die Frage nach den zentralen Aussagen der einzelnen Beiträge. Die vorliegenden Beiträge der einzelnen Akteure - als Vertreter der Hauptbeteiligten an diesem Fachtag - nochmals in der Übersicht:

Basisbeitrag:

Der Basisbeitrag wurde durch eine Arbeitsgruppe der lak-bw erarbeitet. Er beschreibt die Ausgangslage der Gründung der lak-bw 2013 mit den Worten: „Wir bewegen uns auf einem schmalen Grat, der die Überflüssigen, die sogenannten Menschen am Rande - die keiner mehr braucht! – in sämtlichen Kontexten außen vor lässt und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffen lässt!“ Formuliert dann die Notwendigkeit einer Gesellschaftsanalyse, die der Basis eine Verortung der eigenen

Interessen und Aktivitäten ermöglicht. Daraus ergeben sich Hinweise auf die Bündnisbedarf der lak-bw und auf die Nachhaltigkeit ihrer politischen Bemühungen.

Die lak-bw versteht sich als politisch und als Bestandteil Sozialer Bewegungen. Entscheidend für die Diskussion ist aus Sicht der Basis der Bezug der politischen Bildung auf die Lebenslagen der Adressaten. Probleme und Hindernisse sind die unzureichenden Erreichbarkeiten und der mangelnde Zugang zu den Institutionen der Bildung und Politischen Bildung. Politische Bildung und Erwachsenenbildung werden als Bestandteil des herrschenden ökonomisch-sozialen-kulturellen Systems verstanden.

Wenn unter Druck geratene gesellschaftliche Gruppen wie Arme, Prekarisierte, Migranten, vom sozialen Ausschluss und gesellschaftlicher Exklusion bedrohte Gruppen Teil der Zivilgesellschaft werden sollen bzw. in ihr verbleiben sollen, dann muss deren Beteiligung anders verankert werden als bisher. n. Ihre Prinzipien sind Beteiligung, Mitsprache, Interessenvertretung, die Etablierung von Plattformen und eine eigene gesicherte Lobby für ihre Interessen.

Das Ziel, die Basis zu einem sowohl aktiven wie passiven Partner der politischen Bildung zu machen, erfordert eine radikalen Perspektivenwechsel der Politischen Bildung: Öffnung der Institutionen, Öffnung der Konzepte und Angebote, Sicherung von Transparenz und Kommunikation zwischen NutzerInnen und Anbietern der Erwachsenenbildung. Politische Bildung hat unter diesen veränderten Bedingungen, die Aufgabe und Verpflichtung den Zugang ohne finanzielle und inhaltliche Barrieren zu sichern, die demokratischen Strukturen in einer Gesellschaft zu stärken und soziale Ausgrenzung und politische Instrumentalisierung zu vermeiden.

Soziale Arbeit:

Die Beiträge aus dem Bereich der Profession erfolgten aus zwei unterschiedlichen Richtungen. Berufsverband Baden-Württemberg und Liga der Wohlfahrtsverbände lieferten eine voneinander unabhängige Einschätzung. Die Einschätzung des Berufsverbandes zur gegenwärtigen Situation setzte stark bei der Rolle des Klienten an, griff aber auch die veränderten Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit unter den Bedingungen des Neoliberalismus auf. Die Klientel ist eher in einer passiven Rolle, sie sind nach wie vor die Objekte einer fürsorglichen Sozialpolitik, die sich wenig mit den Veränderungen der gesellschaftlichen Rolle von Menschen unter den Bedingungen des globalisierten 21. Jahrhunderts beschäftigt. Die eigentlichen Umbrüche in Arbeitswelt, im gesellschaftlichem Leben, nationaler Identität etc. bleiben in der Sozialen Arbeit unreflektiert.

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) nannte Ursachen in der Sozialen Arbeit, die verhindern, dass die Betroffenen, die sich gesellschaftlich beteiligen wollen, erreicht werden. Ausbildung der Sozialen Arbeit, Auswahl der Methoden der Mobilisierung und Politisierung der betroffenen Menschen ist von großer Bedeutung, ebenso die Herausbildung einer berufsethischen Haltung und der Bereitschaft der Verbände und Einrichtungen sich zu verändern. Die eigene berufliche Kompetenz der Sozialen Arbeit zu erweitern und die konsequente Einbeziehung der Betroffenen wurden genannt.

Im Beitrag der Wohlfahrtsverbände wurde die allgemeine Beziehungsebene zwischen Sozialer Arbeit und Klientel herausgehoben. Eingeräumt wurde, dass es keine klare Vorstellungen der Zusammenhänge zwischen Politischer Bildung, Institutionen und den Lebenslagen der Adressaten gibt. Das muss sich ändern.

Sozialwissenschaft

Die Politische Wissenschaft und die Wissenschaft der Sozialen Arbeit stellen die unzureichende Beteiligung der Adressaten an gesellschaftlicher Mitwirkung, Beteiligung und Wirksamkeit fest. Dies bezüglich ihrer Wahlbeteiligung, ihres Engagements, ihrer unmittelbaren politischen Einmischung und Mitwirkung. Verantwortlich dafür sind Armut als materielle Dimension, gesellschaftliche Zuweisungen und ein defizitärer beruflich-sozialer Status, der mit krisenhaften Lebenslagen zusammenhängt. Die Hürden der Beteiligung sind hoch. Fehlender sozioökonomischer Status korrespondiert mit dem Verlust der eigenen Einflüsse auf das politische Geschehen, verstärkt noch durch fehlende Ressourcen, fehlende politische Netzwerke. Fehlende psychische Stärke, sowie geringe politische Rekrutierung und

Mobilisierung der eigenen Interessen und Leute. Dringendes Anliegen ist die Stärkung und Entwicklung der Fähigkeiten sich einmischen zu können, der Sprache, der Organisation von Meinungen, Interessen und Menschen. Herstellung von Selbstwirksamkeit und Empowerment. Aber auch der Ausbau der realen Beteiligung, der Vernetzung, der Ressourcenerweiterungen (Geld, Räume, Netze, Zeit, Wissen, Beratung, Selbstwirksamkeiten) als Erwerb von Kapitalien im Sinne von Pierre Bourdieu.

Soziale Arbeit hat Einrichtungen und Dienste partizipativ zu gestalten. Der Gesetzgeber die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte zu stärken. Dies in der Jugend- und Sozialhilfe, im Arbeitsförderungsbereich, dem Sektor der Gesundheit, in den Lebensfeldern der Seniorenarbeit, in der Inklusionspolitik etc.

Bildungsinstitutionen

Landeszentrale, vhs, Stiftungen, Akademien, Gewerkschaften, Kirchen, Grundbildungsinstitutionen sind die wesentlichen Vertreter in diesem Bereich. Sie stehen vor einem gewaltigen Umbruch. Ihnen kommt die besondere Rolle der Pilotprojekte zu. Ihre Aufgabe ist es, einen historischen Schnitt in der Erwachsenenbildung zu vollziehen. Öffnung für die Bevölkerungsgruppe der Prekarisierten, der Armutsgefährdeten und der tatsächlich Armen. Dies deutet sich in den Beiträgen der Vertreter aus diesem Bereich an: Sie stehen an einem Wendepunkt. Dieser Beschreibung und Analyse folgt ein notwendiger follow-up -Prozess.

Thesen

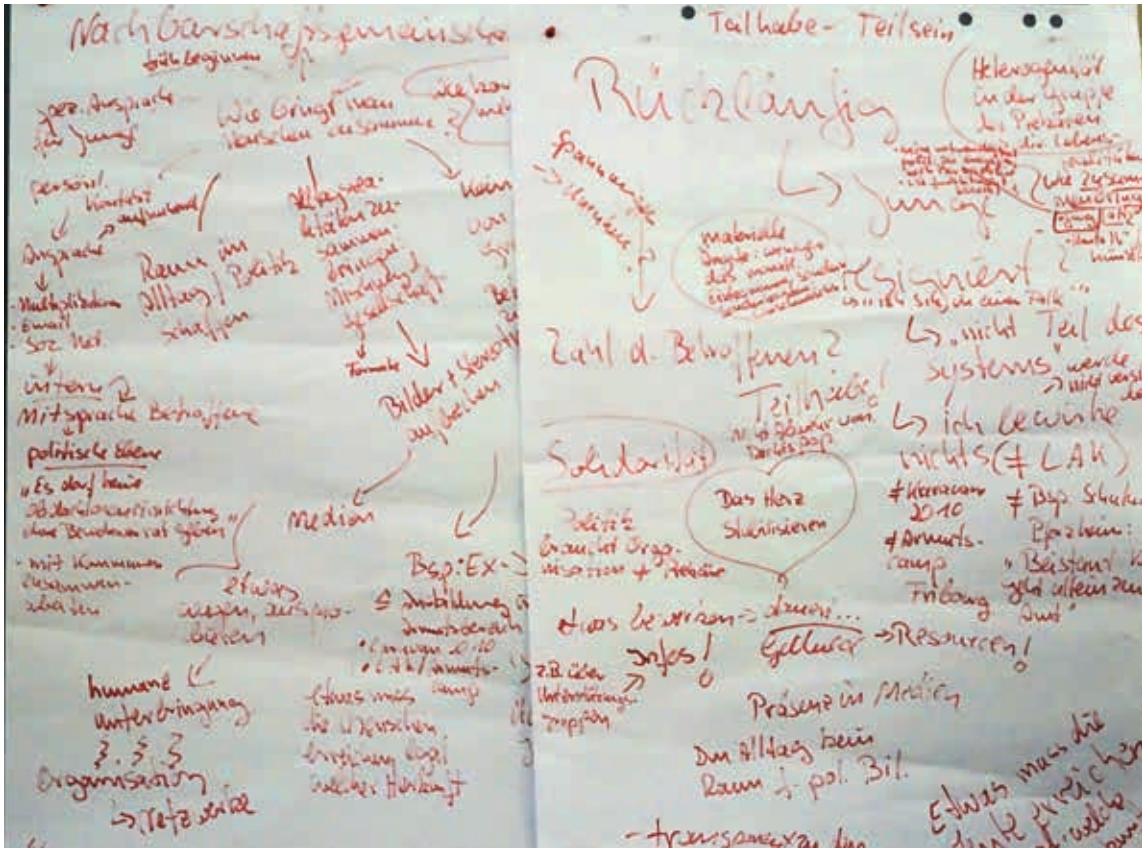
1. Politische Bildung erfordert - als Aufgabe in der Demokratie - breite Beachtung. In den gesellschaftlichen Bereichen
   a. der Sozialwissenschaften (Politik, Soziologie, Soziale Arbeit)
   b. der Sozialen Arbeit (Menschenrechte, Profession, Institutionen, Träger, Arbeitsfelder, Methoden, Erfahrungswissen)
   c. der Erwachsenenbildung (lpb, vhs, Stiftungen, Akademien, Grundbildung etc.)
   d. der Zivilgesellschaft (Demokratie, Bürgergesellschaft, Partizipation, Teilhabe, Garantie der Gleichheit etc))
   e. der Basis von Menschen in prekären Lebenslagen (Organisationsaufbau des Empowerment, Strategien der sozialpolitischen Einmischung, Selbstmandatierung und Ausbau der Repräsentation von Basisinteressen)
2. Analyse des Ist-Zustandes, die Beurteilung der Lebenslagen, die Notwendigkeit von Politischer Bildung wird von den 4 beteiligten Hauptakteuren (Basis, Wissenschaft, Soziale Arbeit und Erwachsenenbildung) weitgehend gemeinsam getragen. Unterschiede bestehen graduell in der Perspektive der Weiterarbeit und der Ziele.
3. Der Fachtag hat die Bereitschaft vieler Personen und Institutionen gezeigt, an diesem Prozess mitzuwirken. Die betroffenen Menschen arbeiten unmittelbar mit, erfahren ihre Selbstwirksamkeit und befinden sich in einem Austausch- und Lernprozess mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen und Institutionen. Aus den Rückmeldungen der Workshops ist erkennbar, dass es einen breiten Bedarf der Diskussion und Reflektion thematisch gibt, dass es einen akzeptierenden Dialog zwischen den Einzelnen, den Gruppen und Institutionen braucht.
4. Wie bereits im Armutsbericht ausgeführt, ist Teilhabe, Engagement und politische Bildung ein besonderer Fokus im Rahmen der Armutsbekämpfung. Es ist verbindliche Aufgabe und Herausforderung für das Sozialministeriums, für den Fortgang der Agenda Politische Bildung zu sorgen.
5. Die „Stuttgarter Erklärung" ist Diskussionsgrundlage unserer Netzwerkarbeit zur Entwicklung der Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen. Diese Erklärung ist kollektiv erarbeitet worden und bedeutet einen Meilenstein auf dem langen Weg der Veränderungen. Wir brauchen zahlreiche Pilotprojekte in den kommenden Jahren, um die Perspektiven real werden zu lassen. Den Umfang und die Stoßrichtung der Pilotprojekte zu beschreiben ist Aufgabe der kommenden Monate.

Bildung von unten – das Projekt Bildungsarbeit in Fokusgruppen mit Menschen in prekären Lebenslagen

Der Bildungsauftrag der Volkshochschulen sieht vor, Angebote für alle Menschen zu schaffen. Das bedeutet, auch für jene, die aus den unterschiedlichsten Gründen (wie besondere Lebenslagen, persönliche Bildungsgeschichte, etc.) (noch) keinen Platz im Lebenslangen Lernen gefunden haben.

Im Projekt „Bildungsarbeit in Fokusgruppen mit Menschen in prekären Lebenslagen" wollen **Volkshochschulverband, Landesarmutskonferenz und Duale Hochschule Baden-Württemberg** einen Perspektivwechsel ermöglichen: 5 Pilot-Volkshochschulen begeben sich in die Lebenszusammenhänge von Menschen in prekären Lebenslagen, erweitern ihr Wissen über die Lebensperspektiven dieser Menschen und verbessern nicht zuletzt ihre Zugänge zu dieser Zielgruppe.

Das Projekt verfolgt zwei Ziele: die Teilnehmenden sollen durch die Mitarbeit in den Fokusgruppen gestärkt werden und sich (wieder) als Teil der Gesellschaft verstehen und die Einrichtungen der Erwachsenenbildung wollen herausfinden, wie sich (politische) Bildung und Volkshochschule verändern müssen, um wirklich alle Menschen erreichen zu können. Das im Jahr 2019 laufende Projekt wird über eine Förderung durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg ermöglicht.



Anhang

Fachtags 17. Oktober 2018

Duale Hochschule Stuttgart, Rotebühlstr. 131

Ablauf des Fachtags	
09:30 Uhr	Ankommen, Kaffee und Brezeln (8. Stock, Hasenbergsaal)
10:00 Uhr	Begrüßung: Roland Saurer (lak), Karl-Ulrich Templ (LpB)
	Eröffnungsbeiträge: Moderation Michael Karmann (Caritasverband Erzdiözese Freiburg)
10:20 Uhr	1. soziale Arbeit: Berufsverband DBSH (Anett Heiß-Ritter), Liga (Holger Hofmann)
10:40 Uhr	2. Sozialwissenschaften: Prof. Dr. Günter Rieger / Prof. Rausch (DHBW
11:00 Uhr	*Grußwort Minister Manfred Lucha, MdL*
11:20 Uhr	3. Basis: York Töllner (lak)
11:40 Uhr	4. Politische Bildung/Erwachsenenbildung: Anja Dargatz (FES)/ Wolfgang Klenk (Allianz)
12:00 Uhr	Fragerunde, Moderation Michael Karmann
12:30 Uhr	Mittagspause (Sozialraum im EG)
13:30 Uhr	Vorstellung der Erklärung (Anja Dargatz)
13:45 Uhr	Einführung in die Workshops: Moderation Michael Karmann
14:00 Uhr	5 themengleiche Workshops
15:30 Uhr	Berichte aus den Workshops: Moderation Michael Karmann
16:00 Uhr	Ausblick und Verabschiedung: Roland Saurer (lak), Karl-Ulrich Templ (LpB)

Themengleiche Workshops:

1. Wo stehen wir aktuell in dem Thema der politischen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen?
2. Wo wollen wir hin?
3. Wie wollen wir das erreichen bzw. wie kommen wir dorthin?

Ziel der Workshops ist, von den Teilnehmenden Impulse für die weitere Konzeption des Manifests und für den weiteren Projektverlauf zu bekommen. Der bisherige Entwurf der Stuttgarter Erklärung steht in der Tagungsmappe den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung als Diskussionspapier zur Verfügung.

Stuttgarter Manifest

Die Erklärung soll anhand der gewonnenen Impulse bis zum Frühjahr 2019 überprüft und überarbeitet werden. Das wird auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Fachtag mitgeteilt. Im Frühjahr 2019 soll das Manifest der großen Runde des Landesnetzwerks zur Erstunterzeichnung vorgestellt werden.

Stand: 11. Oktober 2018

lpb Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Der Fachtag und seine Entstehung

Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (lak-bw) und Landeszentrale für politische Bildung (LpB) beschließt am 21. November 2016, die Politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen zu verändern.

Hintergrund ist der ERSTE ARMUTSBERICHT der Landesregierung Baden-Württemberg im Jahr 2015, der feststellt, dass es eine eklatante Ungleichheit des sozialen, des politischen wie gesellschaftlichen Engagements der Bevölkerung in prekären Lebenslagen im Vergleich zum Engagement des Bevölkerungsdurchschnitts gibt.

Im Frühjahr 2016 bringen die Landtagswahlen die AFD ins Stuttgarter Parlament. Sie wird die stärkste Oppositionspartei werden. Die lak-bw greift dies im Beirat zum Armutsbericht im Mai 2016 auf.

Die Lak-bw schlägt die Entwicklung einer Strategie der Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen vor. Sie findet mit diesem Vorschlag Zustimmung im Beirat und auf Seiten des Sozialministeriums.

Die LAK-BW steht ab Herbst 2016 im Kontakt mit der Friedrich -Ebert -Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung und plant mit den beiden Stiftungen die Politische Bildung zu intensivieren.

Doch es ist deutlich, dass die Bildungsaufgaben in der Erwachsenenbildung weitere Institutionen betreffen. So wird durch lak-bw und lpb ein Netzwerk initiiert, das sich dem Prozess zur Veränderung der politischen Bildung widmen will.

Lpb und lak-bw laden erstmals nach Stuttgart am 10.02.2017 zu einer „Anhörung“ ein. Rund 45 Personen aus unterschiedlichen Organisationen und gesellschaftlichen Zusammenhängen kommen zu diesem ersten Treffen. Der Impuls ist gesetzt: die Runde beschließt eine Arbeitsgruppe, die diesen Prozess aufgreifen soll.

Am 20.06.2017 beschließt eine weitere Plenumsrunde die Etablierung eines eigenen Projektes „Politische Bildung“, installiert eine Steuerungsgruppe und nennt erstmalig die Idee eines gemeinsamen Fachtages. Das“Netzwerk Politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen“ ist damit gestartet.

Die lak-bw beginnt in ihrer Tagesarbeit diesem Projekt ein eigenes Gesicht zu geben. Ein erstes Seminar findet am 14.10. 2017 in Freiburg statt: Was geht uns Politik an?“ beschäftigt über 20 Leute einen Tag lang. Unter Leitung von Martin Schley entschließt sich diese Diskussionsrunde von Betroffenen sich „Politik und politischer Bildung“ zu öffnen. Dieser Tag endet mit der Forderung an das Netzwerk, ein „Hearing zum Dialog zwischen Basis und Krawattenträgern“ zu machen.

Am 20.10.2017 erklärt sich die Steuerungsgruppe bereit, dieses geforderte Hearing zu veranstalten.

Am 27.01. 2018 wird in Rottweil durch die lak-bw ein Fragenkatalog für das Hearing erarbeitet. Diese Fragen berühren nahezu alle Fragen von Menschen in prekären Lebenslagen.

Am 16.02.2018 werden die fünf für das Hearing ausgewählten Fragen im Netzwerk beschlossen:

1. Bildung und Armut?
2. Zivilgesellschaftliche Beteiligung?
3. Macht der gesellschaftlichen Eliten?
4. Rolle und Funktion der Armen?
5. Auseinanderdriften der Gesellschaft?

Auf Seite 50 befindet sich die Übersicht über die 30 Fragestellungen des Workshops vom 27.01.2018 in Rottweil.

Im Hearing Karlsruhe vom 23.03.2018, das von rund 45 Personen besucht wird, kommt es zum Austausch zwischen den „Etablierten der Gesellschaft und den Menschen in prekären Lebenslagen". fünf VertreterInnen der Organisationen des Netzwerkes (Templ, Rieger, Becker, Dargatz, Lesky) stellen sich den fünf ausgewählten Fragen und diskutieren mit den Vertretern der Basis sowie weiteren Betroffenen.

Fragen sind tatsächlich: Macht der Eliten? Rolle und Funktion der Armen? Bildung und Armut? Auseinanderdriften der Gesellschaft? Ehrenamt und Zivilgesellschaft von Unten?

Fazit des Hearing ist, die Diskussion und Suche nach einem Konzept der Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen muss weitergehen. (Im Anhang befindet sich eine Zusammenfassung des Hearing in Karlsruhe am 28.03.2018)

Die Steuerungsgruppe und die Gesamtversammlung des Netzwerkes beschließen nach dem Workshop Rottweil und dem Hearing Karlsruhe im Frühjahr 2018 den Weg zum Fachtag.

Die lak-bw erhält parallel eine Förderung durch das SM in Höhe von Euro 4.400.- zur Durchführung der eigenen Projekte. (doorknocking, Seminare, Reader, Hearing etc.)

Für die Arbeit des Netzwerkes - das zwischenzeitlich noch gewachsenen ist - , werden die Diskussionsergebnisse systematisch festgehalten. Es geht um den Dialog zwischen den einzelnen Beteiligten, den beteiligten Organisationen und dem großen Kreis potentieller Adressaten.

Die Idee eines Fachtages in 2018 steht seit Frühjahr 2017 im Raum. Dieser Fachtag sollte den Dialog erweitern, die unterschiedlichen Akteure zusammenbringen. Die verschiedenen Positionen und Verantwortlichkeiten im Bereich der Politischen Wissenschaften, der Erwachsenenbildungsbereiche, der Sozialen Arbeit, in Organisationen und Ministerien und an der Basis der Betroffenen klären.

Das Konzept für den Fachtag vom 17.10.2018 wird erkennbar:

- Breite gezielte Einladung, Bestandteil der Aktionswoche Baden Württemberg
- Positionierung des Sozialministers im Rahmen eines Grußwortes.
- Beteiligung der Zielgruppe betroffener Menschen in der Vorbereitung durch die Basisvertreter in der Steuerungsgruppe: partizipatives Projekt aller.
- Positionserklärung der Basis
- Positionserklärung der Sozialwissenschaft (Hochschule Stuttgart und Hochschule Freiburg)
- Positionserklärung der Sozialen Arbeit (Berufsverband dbsh und Liga BaWü)
- Positionserklärung der Erwachsenenbildungsinstitutionen und Zivilgesellschaft (fes und Allianz für Beteiligung)
- Workshops mit gemeinsamen Fragestellungen, gemischten Gruppen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Doppelmoderationen in den einzelnen 5 Workshops.,
- Einbringung der im Netzwerk entstandenen „Stuttgarter Erklärung" am 17.10.2018
- Übernahme der Fahrt- und Regiekosten durch das Netzwerk.
- Die Duale Hochschule Stuttgart ist der Veranstaltungsort und öffnet sich diesem Prozess exemplarisch.

Der Fachtag löst einen Follow-up Prozess aus. Er ist ein Zwischenschritt in einem längerfristigen Veränderungsprozess.

Das Landesnetzwerk

Ausgangspunkt des Landesnetzwerks „Politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen" war die Verabredung der Landesarmutskonferenz und der Landeszentrale für politische Bildung, im Bereich der politischen Bildung marginalisierter und prekärer gesellschaftlicher Gruppen zusammenzuarbeiten. In dem Netzwerk arbeiten Selbsthilfeorganisationen, Organisation der sozialen Arbeit, Bildungseinrichtungen, Ministerien, Gewerkschaften und Politische Stiftungen zusammen.

Ein erstes Ergebnis war die Durchführung eines Workshops im Februar 2018. Vertreter von 21 Organisationen der Zivilgesellschaft, Stiftungen, Gewerkschaften und Ministerien nahmen daran teil. Ausgangspunkt der intensiven politischen Diskussion war die Tatsache, dass politisches Interesse und andere Formen politischer Beteiligung über alle Schichten hinweg ungleich verteilt sind. Einig waren sich alle Teilnehmenden darin, dass sich die politische Bildung stärker dem Thema der Bildung von Menschen in prekären Lebenslagen annehmen muss und dass die soziale Arbeit stärker Themen und Angebote der politischen Bildung aufgreifen sollte. Vereinbart wurde, die Diskussion fortzuführen und die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen und Gruppen voranzutreiben.

Ein Hearing am 23. März 2018 in Karlsruhe mit Vertretern von Einrichtungen der politischen Bildung war ein weiterer wichtiger Baustein in der Vorbereitung für den gemeinsamen Fachtag „Politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen." In dem Hearing wurden auf Augenhöhe gemeinsame Ideen und Vorschläge zum Thema der politischen Bildung diskutiert. Ziel war auch die Entwicklung eines gemeinsamen Grundverständnisses zu zentralen Fragen:

- Bildung/politische Bildung und Lebenslage Armut
- Ehrenamt/Zivilgesellschaft und Finanzierung
- Macht der gesellschaftlichen Eliten
- Rolle, Funktion bzw. Status der Armen in der Gesellschaft
- Auseinanderdriften der Gesellschaft

Das Netzwerk selbst hat sich folgende Maßnahmen zum Ziel gesetzt:

- Unterstützung von Aktiven/Hauptamtlichen in Selbsthilfeorganisationen im Hinblick auf die didaktisch-methodische Hilfen,
- Erstellung von Informationsmaterial
- Zugang zu den Bildungsmaßnahmen
- Zusammenarbeit bei aufsuchender politischer Bildung
- Zugang zu marginalisierten/prekären gesellschaftlichen Gruppen
- Vernetzung im Rahmen von inklusive politische Bildung

Mitglieder im Landesnetzwerk

1. Aktionskreis Soziale Teilhabe
2. Allianz für Beteiligung
3. AWO KV Konstanz
4. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH)
5. DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg e.V.
6. Diakonisches Werk der Ev. Kirche in Württemberg e.V.
7. Duale Hochschule Stuttgart, Fakultät Sozialwesen
8. Evang. Akademie Bad Boll
9. Fachstelle für Grundbildung und Alphabetisierung Baden-Württemberg
10. Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg (FES)
11. Heinrich Böll Stiftung
12. Konrad-Adenauer-Stiftung
13. LAG Wohnungsloser Baden Württemberg
14. Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg
15. Landesverband der Tafeln e.V.
16. Landeszentrale für politische Bildung
17. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
18. Rosa Luxemburg Stiftung
19. Sozialministerium Baden-Württemberg
20. Tübinger Arbeitslosen Treff (TAT e.V.)
21. VHS-Landesverband
22. Wohnungslosenhilfe Baden Württemberg

Am Fachtag beteiligte Einrichtungen

Allianz für Beteiligung

Die Allianz für Beteiligung ist ein Netzwerk von Akteur*innen in Baden-Württemberg, die sich für eine Stärkung von Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft einsetzen. Ziel des Netzwerks ist es, in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass gesellschaftliche Herausforderungen mit Beteiligung von Bürger*innen besser gemeistert werden können. Die Allianz bietet im Besonderen zivilgesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit, sich zu ihren Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen. Zudem macht sie gelungene Beteiligungsprojekte in Baden-Württemberg sichtbar und bietet Förderprogramme, Netzwerktreffen und Bildungsveranstaltungen an.

Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg. e.V.

Der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V. hat über 2.000 korporative Mitglieder wie Kindergärten, Einrichtungen der Erziehungshilfe, Altenheime, Krankenhäuser oder Behindertenwerkstätten mit über 105.000 Plätzen. Über 31.000 hauptamtliche und mindestens gleich viele ehrenamtliche Mitarbeiter*innen engagieren sich dort für Menschen in Not. Der Diözesan-Caritasverband Freiburg fasst die Aktivitäten der ihm angeschlossenen Verbände, Dienste und Einrichtungen zusammen. Er koordiniert, informiert, berät und unterstützt sie. Er vertritt sie politisch gegenüber staatlichen und kirchlichen Stellen und setzt sich für angemessene Rahmenbedingungen ihrer Arbeit ein. In Fachtagungen und bei Fortbildungsveranstaltungen erhalten Verantwortliche und Mitarbeiter*innen das notwendige Know-how für ihren Alltag. Der Diözesan-Caritasverband ist professioneller Dienstleister, verlässlicher Anwalt der Benachteiligten, effizienter Förderer von Selbsthilfe und wirkungsvoller Solidaritätsstifter.

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH)

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) ist ein anerkannter Berufsverband und Vertreter für die Profession Soziale Arbeit in Deutschland. Der DBSH ist Fachgewerkschaft und Mitglied im »dbb« (Deutscher Beamtenbund und Tarifunion). Er organisiert ca. 6000 Mitglieder. Neben der Möglichkeit der persönlichen Mitgliedschaften fungiert der DBSH e.V. auch für Verbände und Zusammenschlüsse von Berufsgruppen der Sozialen Arbeit (juristische Mitglieder) als Dachverband für die Profession der Sozialen Arbeit. Der DBSH hat sich bereits in den 1990er Jahren für bindende ethische Prinzipien in der Gesellschaft ausgesprochen. Drei der wichtigsten ethischen Grundprinzipien stehen im Vordergrund: Achtung der Autonomie der Menschen, die Gerechtigkeit und die Solidarität.Der DBSH ist Mitglied in zahlreichen nationalen wie internationalen Fachorganisationen der Sozialen Arbeit. Der Landesverband Baden-Württemberg ist eine rechtlich unselbständige Untergliederung des DBSH. Er ist Gesprächspartner des Landes, der Kreise, der Kommunen und der Ausbildungsstätten in Sachen berufliche Sozialarbeit.

Duale Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart, Fakultät Sozialwesen

Die Fakultät Sozialwesen ist Teil der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart. An der Fakultät sind rund 1000 Studierende für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit eingeschrieben. Alle Studierenden absolvieren ein so genanntes Duales Studium. Im ständigen Wechsel zwischen dreimonatigen Praxisphasen bei einer Sozialen Einrichtung als ihrem Ausbildungsträger und dem (ebenfalls dreimonatigen) Studium an der Hochschule durchlaufen die Studierenden ihr sechssemestriges Bachelorstudium der So-

zialen Arbeit. Das modularisierte Studium ist als generalistisches Studium der Sozialen Arbeit angelegt und bietet die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung in den Bereichen Erziehungshilfen, Kinder- und Jugendarbeit, Soziale Arbeit in Pflege und Rehabilitation, Soziale Arbeit im Gesundheitswesen, Soziale Arbeit in der Elementarpädagogik, Soziale Dienste in der Jugend-, Familien- und Sozialhilfe, Soziale Dienste in der Justiz sowie Arbeit, Integration soziale Sicherung.

Fachstelle für Grundbildung und Alphabetisierung Baden-Württemberg

Die Fachstelle koordiniert für Baden-Württemberg die Grundbildungs- und Alphabetisierungsarbeit für Erwachsene im erwerbsfähigen Alter, und in enger Zusammenarbeit mit dem Kultus- und Sozialministerium auch die Arbeit des Landesbeirats für Alphabetisierung und Grundbildung. Im Rahmen der AlphaDekade 2016-2026 des Bundes und der Länder ist sie die für Baden-Württemberg zuständige Koordinierungsstelle. Fachlich ist sie dabei dem Kultusministerium zugeordnet. Als trägerneutraler Ansprechpartner für Lernende, Weiterbildungsanbieter, Verbände/Institutionen und Betriebe mit Weiterbildungsbedarf steht die Fachstelle für alle Fragen rund um das Thema zur Verfügung. Es geht vor allem darum, Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, als eigenständige, meinungsbildende und denkende Personen im Alltag zu bestehen.

Fritz-Erler-Forum (FES)

Das Fritz-Erler-Forum ist das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg. Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet als älteste gesellschaftspolitische Stiftung international und national an der Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Politik und ist den Werten der Sozialen Demokratie verpflichtet: durch politische Bildung, Analyse und Beratung, Begabtenförderung und Archiv der Arbeiterbewegung und der Sozialen Demokratie. In Baden-Württemberg führt das Fritz-Erler-Forum Kompetenzseminare für Kommunalpolitiker*innen und gesellschaftlich engagierte Menschen durch, bietet Diskussionsplattformen für kontroverse Debatten an, vermittelt Wissen und Analyse über gesellschaftspolitische Themen und bietet besonders auf junge Menschen zugeschnittene an, um demokratisches Engagement bereits in der Schule zu unterstützen.

Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (lak)

Die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg wurde am 10.03.2012 in Offenburg gegründet. Sie ist eine Gründung von unten. 120 Menschen, zumeist von Armut, Ausgrenzung und fehlenden gesellschaftlichen Perspektiven betroffene Menschen, haben sich zusammengeschlossen, um als Soziale Bewegung Einfluss auf die Sozialpolitik in Baden–Württemberg zu nehmen. Die LAK-BW ist Mitglied der Nationalen Armutskonferenz NAK.

Die Landesarmutskonferenz behandelt - im Rahmen eines Arbeitskomitee - gesellschaftliche Fragen und tagespolitische Ereignisse. Sie begleitet Landes- und Bundespolitik kritisch. Sie beschließt eigene Positionen und vertritt diese öffentlich. Die Landesarmutskonferenz wurde in 2014 erweitert durch die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit der Liga der Wohlfahrtsverbände und dem Landes - DGB Baden-Württemberg. Mit einer gemeinsamen Charta hat sich die LAK-BW als Soziale Bewegung auf zentrale Ziele in der Armutsbekämpfung geeinigt. Dafür ist die Delegiertenversammlung verantwortlich.

Die LAK-BW wurde in den Ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden Württemberg 2015 eingebunden. Die LAK-BW wird seit 2012 durch das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg gefördert.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)

Die Landeszentrale fördert und vertieft die politische Bildung in Baden-Württemberg auf überparteilicher Grundlage. Sie hat die Festigung und Verbreitung des Gedankengutes der freiheitlich-demokratischen Ordnung zum Ziel und ist die zentrale Dienstleistungs- und Service-Einrichtung für die politische Bildung in Baden-Württemberg. Die Grundsätze ihrer Arbeit, „Konsens", „Ausgewogenheit" und „Indoktrinationsverbot", wurden 1976 im Beutelsbacher Konsens formuliert. Ihre Wertegrundlagen sind das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Die Landeszentrale hat ihren Hauptsitz in Stuttgart und arbeitet in den vier Regierungsbezirken über Außenstellen in Freiburg, Heidelberg. In Bad Urach unterhält sie seit 1992 eine eigenes Tagungszentrum, das „Haus auf der Alb".

Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Von Integration über Familie bis hin zur Pflege

Das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg gilt mit seinem weit ausgreifenden Zuständigkeitsbereich innerhalb der Landesregierung als das zentrale Gesellschaftsministerium. Für Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen und von jung bis alt soll es die Rahmenbedingungen so gestalten, dass alle ihren Platz in der Gemeinschaft finden und sich entfalten können.

Viele Menschen brauchen Hilfe bei Krankheit, Bedürftigkeit, in sozialen Notlagen, in ihrer familiären Situation, bei Arbeitslosigkeit, Ausgegrenztheit, bei Behinderung oder im Falle von Diskriminierung, gleich welcher Art. Jeder soll im Bedarfsfall passende Strukturen und Hilfsangeboten im sozialen und gesundheitlichen Bereich vorfinden. Neben der Erhaltung und Schaffung von Hilfestrukturen nimmt das Ministerium aber auch die Potenziale der Menschen jeglichen Alters in den Blick, zum Beispiel bei der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt.

Die verschiedenen Aufgaben des Ministeriums werden in insgesamt sechs Abteilungen wahrgenommen. Seit Mai 2016 wird das Ressort von Sozial- und Integrationsminister Manfred Lucha MdL geleitet.

Volkshochschulverband Baden-Württemberg

Der Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V. ist der Fach- und Interessenverband der 170 baden-württembergischen Volkshochschulen mit ihren rund 700 Außenstellen.Das dezentrale, markt-, aber nicht gewinnorientierte Angebot der Volkshochschulen bietet Grund-, Funktions- und Orientierungswissen in verschiedensten Themenfeldern für alle Altersgruppen. Ein umfassendes Weiterbildungsangebot in den Bereichen Politik - Gesellschaft - Umwelt, Kultur - Gestalten, Gesundheit, Sprachen, Arbeit - Beruf sowie Grundbildung - Schulabschlüsse ist wesentliches Kennzeichen der Volkshochschule. Viele Angebote der Volkshochschulen werden in Kooperation mit anderen örtlichen Kultur- und Bildungseinrichtungen, mit Vereinen, Umweltinitiativen usw. durchgeführt. Ein ganzheitlicher Bildungsbegriff und die Entwicklung und Erprobung neuer Lernkultur(en) gehören für die Volkshochschulen zum Kern ihres Verständnisses von Weiterbildung. Die baden-württembergischen Volkshochschulen haben darüber hinaus die Funktion eines lokalen Lern- und Kulturzentrums und spielen, nicht zuletzt wegen ihres umfangreichen Angebots von Sprach- und Deutschkursen, eine wichtige Rolle bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die 125 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung kamen aus folgenden 60 Einrichtungen.

1. AGJ-Wohnungslosenhilfe Lörrach
2. Allianz für Beteiligung e.V.
3. Arbeitslosen-Initiative Cafe-R.A.T.
4. Arbeitslosenzentrum Diakonie Mosbach
5. Bildungswerk Ev.-methodistische Kirche
6. Café Löffel Tagesstätte der Diakonie
7. Caritas Fairkauf Konstanz
8. Caritasverand für den Landkreis Rastatt e.V.
9. Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart
10. Caritasverband für Stuttgart e.V.
11. Caritasverband Hochrhein e.V.
12. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V
13. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. Südlicher Oberrheim
14. Diakonie Hessen - Existenzsicherung
15. Duale Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart
16. Eltern-Kind-Zentrum Stgt-West Generationenhaus West
17. Ev. Kreisbildungswerk Ludwigsburg
18. Evangelische Erwachsenenbildung Rhein-Neckar-Süd
19. Evangelische Hochschule Freiburg
20. Evangelisches Bildungswerk Oberschwaben
21. Fachstelle für Grundbildung und Alphabetisierung
22. Fritz-Erler-Forum
23. Fröhlich Management GmbH
24. Gemeinwesenarbeit Mörgelgewann Caritasverband Heidelberg e.V.
25. Georg-August-Universität Göttingen
26. Geschäftsstelle Mütterforum Baden-Württemberg e.V.
27. GLOBALLMENDE gemeinnützige GmbH
28. Hospitalhof Stuttgart
29. Kirchliche Allgemeine Sozialarbeit Mosbach
30. Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA)
31. Kommunalverband für Jugend- und Soziales
32. Kulturverein MERLIN e.V.
33. Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Ba-Wü (LGL)
34. Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg
35. Landesverband Baden-Württemberg Lebenshilfe

36. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
37. Landratsamt Rems-Murr-Kreis Amt für Vermessung und Flurneuordnung
38. Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.
39. Mannheimer Abendakademie
40. Mehrgenerationendorf Markdorf
41. Mieterbeirat SWSG und Mieterinitiative Stuttgart
42. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
43. Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg
44. Mobile Jugendarbeit und Sozialarbeit Stuttgart-Freiberg-Mönchfeld
45. Mobile Jugendarbeit und Sozialarbeit Stuttgart-Rot und Zuffenhausen
46. Mobile Jugendarbeit und Sozialarbeit Stuttgart-Süd
47. Politisches Bildungsforum Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
48. RP Stuttgart Fachstelle für das öff. Bibliothekswesen
49. Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH
50. Staatliches Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Gymnasien Stuttgart
51. Staatliches Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Ludwigsburg
52. Stadt Villingen-Schwenningen vhs Amt für Jugend, Bildung Integration
53. Teilhabe-Projekt für Langzeitarbeitslose im Diakonischen Werk
54. Treffpunkt Menschen ohne Arbeit Sozial- und Lebensberatung, Diakonisches Werk
55. Tübingern Arbeitslosentreff TAT e.V.
56. vhs Göppingen
57. vhs Landkreis Konstanz e.V. Grundbildung und Alphabetisierung
58. vhs-Verband Baden-Württemberg
59. Volkshochschule Leinfelden-Echterdingen
60. Wohnungslosenhilfe Waldhut-Tiengen

Armut und bürgerschaftliches Engagement

Beitrag des Ministeriums für Soziales und Integration für den Workshop von Landeszentrale für politische Bildung und Landesarmutskonferenz „Politische Bildung für Menschen in prekären Lebenslagen“ am 10. Februar 2017

A. Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015

Mit dem im November 2015 veröffentlichten Ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg mit dem Schwerpunkt Kinderarmut hat die Landesregierung eine umfassende Datengrundlage zur Armutsgefährdung im Land vorgelegt.

Der Armuts- und Reichtumsbericht gliedert sich in drei Teile: Mit Teil A hat die Familien-Forschung Baden-Württemberg die erste umfassende wissenschaftliche Analyse zu Armut und Reichtum im Land erstellt. Im Teil B haben die Mitglieder des Landesbeirats für Armutsbekämpfung und Prävention umfangreiche Stellungnahmen zum Datenteil vorgelegt. Im Landesbeirat sind unter anderem die Liga der freien Wohlfahrtspflege, die Landesarmutskonferenz, die Kommunalen Landesverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitgeber sowie der Kinderschutzbund vertreten. Der Teil C enthält die Maßnahmen und Handlungsempfehlungen der Landesregierung zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Ergänzt wird der Bericht durch aktuelle Kurzreports, durch die Förderung von best practice-Projekten sowie durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit und Betroffener bei drei begleitenden Kongressen. Der Bericht und kann samt Begleitmaterialien auf der Homepage des Ministeriums (www.sozialministerium.de) heruntergeladen werden.

Politische Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement

Der Bericht enthält – außergewöhnlich für Armutsberichte der Länder - im Kapitel „Lebenslagen und soziale Exklusion“ auch Ergebnisse zum Thema „politische Teilhabe und Exklusion“. Dazu wurde der Zusammenhang zwischen ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen und den drei Indikatoren „Politisches Interesse“, „Ehrenamtliche Tätigkeit und politische Partizipation“ sowie „Freiwilliges Engagement“ ausgewertet. Als Ergebnis ist festzuhalten: Sozioökonomische Aspekte haben einen großen Einfluss auf politische und bürgerschaftliche Teilhabe.

1. Politisches Interesse und Armutsgefährdung

Politisches Interesse und andere Formen politischer Beteiligung sind sowohl bundesweit als auch in Baden-Württemberg über die Schichten hinweg ungleich verteilt. Dabei zählen Arbeitsuchende und Personen mit Niedrigeinkommen zu den politisch weniger Interessierten und Aktiven.

Arbeitslose und von Armut Betroffene reduzieren ihre politische Beteiligung nicht erst nach Eintritt eines bestimmten Ereignisses, wie zum Beispiel dem Abstieg in Armut nach einem Einkommensrückgang. Ihre Teilhabe war bereits vor solchen Ereignissen eingeschränkt. Gleiches gilt für den Grad an politischem Interesse. Auch führt der Abstieg in Armut nicht zwingend zu einer Reduzierung des politischen Interesses. Vielmehr stellen weitere schichtspezifische Merkmale bzw. die soziale Herkunft starke Prädiktoren für politisches Interesse dar.

Nach Ergebnissen auf der Grundlage des SOEP waren Personen mit Armutsrisiko 2012 in Baden-Württemberg weniger politisch interessiert als nicht armutsgefährdete Personen. Unter der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung interessierten sich 7,8 % sehr stark und 32,5 % stark für Politik. Der Anteil politisch sehr stark bzw. stark Interessierter lag unter den Armutsgefährdeten bei 6 % bzw. 27,5 %.

Das politische Interesse bei Personen mit Armutsrisiko war im Südwesten etwas stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt. Im heutigen sowie im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) lag der Anteil sehr stark Interessierter unter den Armutsgefährdeten bei 5,9 % bzw. 5,8 % und der stark Interessierter bei 21,6 % bzw. 22,3 % (im Vergleich zu 6 % bzw. 27,5 % in Baden-Württemberg).

Wie die Ergebnisse des SOEP zeigen, interessierten sich baden-württembergische Männer 2012 häufiger für Politik als Frauen. 10 % der Männer, aber nur 5,3 % der Frauen gaben an, ein sehr starkes politisches Interesse zu haben. Stark ausgeprägt war das Interesse bei 39,6 % der Männer und bei 24,6 % der Frauen. Fast jede fünfte Frau (19,3 %), aber nur jeder elfte Mann (8,8 %) gab an, sich überhaupt nicht für Politik zu interessieren.

Noch geringer ist das politische Interesse von Frauen mit Migrationshintergrund. Diese wiesen einen besonders hohen Anteil an überhaupt nicht politisch Interessierten auf (33,5 %). Der Unterschied zu den Frauen ohne Migrationshintergrund betrug 21,5 Prozentpunkte. Ein mögliche Erklärung für die Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund könnten die durchschnittlich geringeren schulischen und beruflichen Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten sein.

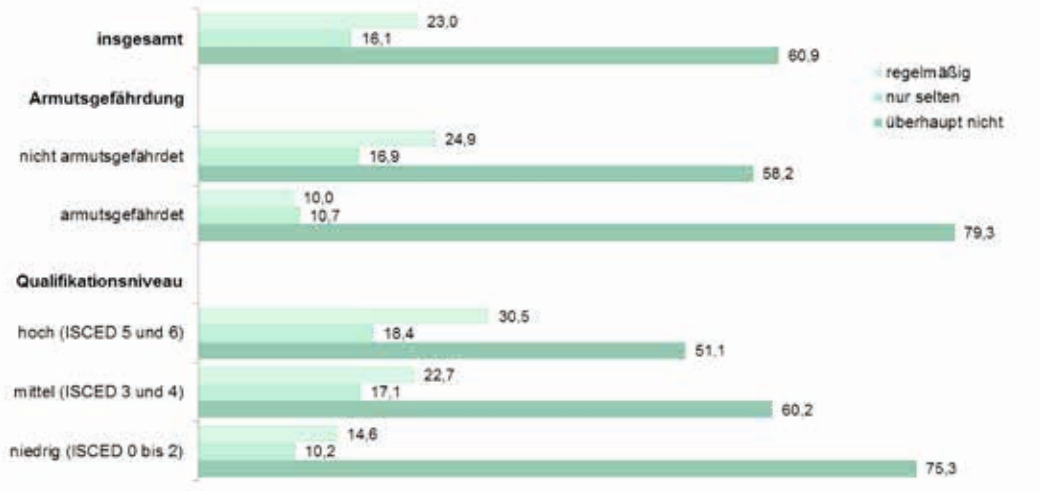
Mit dem Qualifikationsniveau steigt das Interesse an Politik. 2012 hatten rund 11,4 % der Bevölkerung mit hohem Qualifikationsniveau ein sehr starkes Interesse an Politik, bei den Bevölkerungsgruppen mit mittlerem und niedrigem Qualifikationsniveau lagen die Anteile mit 7,6 % bzw. 2,3 % vergleichsweise niedrig.

2. Ehrenamtliche Tätigkeit und politische Partizipation

Nach Ergebnissen auf Basis der SOEP-Erhebung waren Personen ohne Armutsrisiko 2012 ehrenamtlich und politisch aktiver als die mit Armutsrisiko. Unter der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung in Baden-Württemberg engagierte sich fast jede/r Vierte (24,9 %) regelmäßig, unter der armutsgefährdeten jede/r Zehnte (10 %). 16,9 % der Nicht-Armutsgefährdeten und 10,7 % der Armutsgefährdeten gingen solchen Aktivitäten sporadisch nach.

In Baden-Württemberg wie im Bundesdurchschnitt beteiligten sich Männer häufiger regelmäßig an eh-

Ehrenamtliche Tätigkeit und politische Partizipation der Bevölkerung*) in Baden-Württemberg 2011



*) Ab 18 Jahren. - 1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten in Baden-Württemberg. - 2) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt. - Datenquelle: SOEP; eigene Auswertung FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

renamtlichen und/oder politischen Aktivitäten als Frauen. Der Unterschied zwischen den Beteiligungsquoten von Frauen und Männern betrug im Südwesten 4,2 Prozentpunkte und im heutigen sowie im früheren Bundesgebiet 5,7 bzw. 6,2 Prozentpunkte.

Migrantinnen und Migranten wiesen eine deutlich geringere Teilhabe an ehrenamtlichen Tätigkeiten und/oder politischer Partizipation auf. In Baden-Württemberg waren 2012 rund 13,4 % der Migrantinnen und Migranten in diesen Bereichen aktiv, bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund betrug der Anteil rund doppelt so viel (26,7 %).

Ein höheres Qualifikationsniveau geht mit einem höheren Grad an ehrenamtlicher Tätigkeit und/oder politischer Partizipation einher. Bei der baden-württembergischen Bevölkerung mit hohem Qualifikationsniveau war die zivilgesellschaftliche und politische Teilhabe mit 30,5 % mehr als doppelt so hoch wie bei der mit niedrigem Qualifikationsniveau (14,6 %).

Freiwilliges Engagement

Nach Landesergebnissen des Freiwilligensurvey engagierte sich im Jahr 2009 in Baden-Württemberg mit 41 % ein bundesweit überdurchschnittlich großer Teil der Bevölkerung ehrenamtlich – das heißt freiwillig, meist unentgeltlich und gemeinwohlorientiert. Weitere 33 % der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger waren gemeinschaftlich aktiv, das heißt, sie waren Mitglieder oder beteiligten sich an Aktivitäten in Vereinen und anderen Gruppen, ohne eine ehrenamtliche Funktion übernommen zu haben. Damit sind im Südwesten fast drei Viertel der Bevölkerung in Strukturen der Zivilgesellschaft eingebunden.

Männer und Frauen waren in verschiedenen Bereichen freiwillig engagiert. Von Männern dominierte Bereiche waren insbesondere Sport und Bewegung sowie Unfall-, Rettungsdienste und Feuerwehr. In manchen Bereichen hat sich die Teilhabe von Männern und Frauen seit 2004 angeglichen, so zum Beispiel in den Bereichen Politik und berufliche Interessensvertretung. Hier waren bislang Männer stärker vertreten als Frauen. Im Gesundheitsbereich sowie im Bereich Schule haben die Männer im Vergleich zu 2004 aufgeholt. Im Bereich Kirche und Religion hat sich das Verhältnis zwischen Männern und Frauen sogar umgekehrt. Mittlerweile sind hier 9 % der Männer und 7 % der Frauen ehrenamtlich aktiv.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Ergebnisse zeigen, dass sozioökonomische Aspekte einen großen Einfluss auf politische und bürgerschaftliche Teilhabe haben. Menschen in gesicherten Einkommenslagen sind im Land mehr als doppelt so häufig ehrenamtlich oder in Bürgerinitiativen, in Parteien und Kommunalpolitik engagiert wie armutsgefährdete Menschen. Die Autoren legen die Vermutung nahe, dass ungleiche Beteiligung auch durch eine ungleiche Ressourcenausstattung bedingt sein könnte, weil damit auch die Chancen, sich zu beteiligen, eingeschränkt sind. Wer sich engagieren will, muss mobil sein, was wiederum finanzielle Ressourcen voraussetzt. Analysen des IAW zum Ausgabeverhalten von Familien für den Bericht zeigen jedoch, dass Armutsgefährdung auch mit erheblichen Einschränkungen im Bereich Mobilität einhergeht. Während einkommensarme Familien 2008 im Schnitt etwa 2 500 Euro im Jahr für ihre Mobilität aufwendeten, waren es im mittleren Einkommensbereich bereits 5 800 und bei einkommensreichen Familien mehr als 15 000 Euro pro Jahr.

Vorbereitung der lak-bw am 27.01.2018 in Rottweil

Fragestellungen zum Hearing am 23.03.18 in Karlsruhe

1. Sinnhaftigkeit der Veranstaltung? Was macht das überhaupt für einen Sinn am 23.03.2018?
2. Aktionsfähigkeit der „Eliten" mit den Menschen von „unten"?
3. Würden Sie mit uns gemeinsame Aktionen machen?
4. Was macht Geld und Macht mit uns alten? Geld als Macht?
5. Geben Sie Macht ab? Wenn Ja, wie viel denn?
6. Wertigkeit der gesellschaftlichen Rolle. Wie beurteilen Sie ihre und unsere gesellschaftliche Rolle?
7. Inwieweit ist die Kommunikationsbereitschaft/Dialogbereitschaft zwischen den Eliten und uns überhaupt da? Probleme benennen, entscheiden und partizipieren!
8. Kann der Elitebegriff eigentlich taugen? Welchem Milieu rechnen Sie sich zu?
9. Aufwandsentschädigungen für Betroffene für Ehrenämter und zivilgesellschaftliches Engagement?
10. Warum werden die bürgerlichen Institutionen/Gremien nicht für die Basis geöffnet, um mitzureden und mitzuentscheiden?
11. Wäre Ihnen eine politische Basisdemokratie sympathisch, in der Einmischungsstrategien völlig normal wären?
12. Kennen Sie Tafeln, Kleiderläden, Suppenküchen, Vesperkirchen, Hilfsorganisationen usw.? Würden Sie solche Organisationen besuchen?
13. Wo ist die Kompromisslinie zwischen uns und den „Eliten"?
14. Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Gruppen? Zunehmende Spaltung der Gesellschaft? Wie gehen die Eliten mit der gesellschaftlichen Spaltung um?
15. Machtgefälle: Wie gehen wir als Basis/Profession damit um?
16. Wie und wo kommt die Profession mit den Betroffenen in Berührung. Wo sind die Zugänge?
17. Ist politische Bildung und Beteiligung überhaupt erwünscht und wie?
18. Erklärung der Nichterreichbarkeit der Zielgruppen (Elite – Basis).
19. Gibt es Berührungsängste der Eliten?
20. Wären „vertrauensbildende Maßnahmen und Ziele" zwischen Basis und bürgerlichen Eliten sinnvoll?
21. Kommen wir bei Ihnen überhaupt vor? In Ihren Programmen, ihrem Alltag, Ihren Köpfen?
22. Wir wissen unten nicht, was Sie oben wollen?
23. Wie sollten Bildungskonzepte zukünftig von „unten" inhaltlich aussehen?
24. Wie würden Sie unsere Partizipation von unten definieren? An was sollen sich die Menschen am Rande beteiligen?
25. Was würden Sie den Menschen am Rande empfehlen, um eine eigene Stimme zu haben und mehr Gehör zu finden?
26. Was gehört Ihrer Meinung nach zu einer guten und gerechten Sozialpolitik?
27. Welche Chancen haben die Menschen in der Armut und Hartz-IV-Welt auf Bildung? Gemeinsames Anliegen: Den Ausschluss am Arbeitsmarkt durchbrechen?!
28. Wir an der Basis haben oft keine Zertifikate. Oder die falschen. Was tun?
29. Wie elitär sind und bleiben die Eliten?
30. Wer keine materiellen Reserven hat, hat auch keine Macht?

Rückmeldungen zu den 5 Fragestellungen

Abstimmung nach Punktzahlen wie folgt:

Punktzahl: 5

1. Bildung/politische Bildung und Lebenslage Armut
2. Ehrenamt/Zivilgesellschaft u. Finanzierung

0. Macht der gesellschaftlichen Elite

1. Rolle, Funktion bzw. Status der Armen in der Gesellschaft
2. Auseinanderdriften der Gesellschaft.

Diese Fragen werden die Leitfragen für das Hearing am 23.03.18 in Karlsruhe sein

Punktzahl: 4

1. Würden Sie mit uns eine Aktion machen?
2. Was macht Geld und Macht mit uns? Geld als Macht?

0. Besteht die Möglichkeit der Öffnung bürgerlichen Institutionen/Gremien für die Basis zum Mitreden und der Mitentscheidung? Wäre Ihnen eine politische Basisdemokratie sympathisch in den Einmischungsstrategien, wenn sie völlig normal wären?

1. Würden sie basisorientierte Organisationen wie die Tafeln, Kleiderläden, Suppenküchen, Vesperkirchen usw. selbst besuchen?

Punktzahl: 3

1. Inwieweit ist die Dialogbereitschaft zwischen den Eliten und uns überhaupt da? Probleme benennen - entscheiden und partizipieren.

0. Machtgefälle: Wie gehen wir/sie damit um?

1. Wie und wo kommt die Profession mit den Betroffenen in Berührung? Wo sind die Zugänge?
2. Kommen wir bei Ihnen überhaupt vor? In Ihren Programmen, Ihren Alltag ihren Köpfen?
2. Wie sollten Bildungskonzepte inhaltlich aussehen?

Punktzahl: 2

1. Sinnhaftigkeit der Veranstaltung?

Was macht die Veranstaltung am 23.03.18 für einen Sinn?

2. Ist politische Bildung und Beteiligung überhaupt erwünscht und wie?

0. Was würden Sie den Menschen am Rande empfehlen, um eine eigene Stimme zu haben und mehr Gehör zu finden?

3. Was gehört Ihrer Meinung nach zu einer guten und gerechten Sozialpolitik?

Punktzahl:1

1. Aktionsfähigkeit der Eliten mit den Menschen von unten?
2. Wären vertrauensbildende Maßnahmen und Ziele zwischen Basis und bürgerlichen Eliten sinnvoll?

Hearing am 23.03.2018 in der Volkshochschule Karlsruhe

Fünf Leitfragen zur Veranstaltung wurden vorab über die Vorbereitungsgruppe lak-bw (Netzwerk 1) am 27.01.2018 in Rottweil ausgewählt.

1. Macht der Eliten (....Macht der Straße??)
2. Rolle, Funktion der Armen (Was spielen wir als Rolle)
3. Bildung und Armut (Wie sollte Bildung aussehen?)
4. Auseinanderdriften der Gesellschaft
5. Ehrenamt/Zivilgesellschaft(Gibt es Engagementfelder? Unterstützung der Kulturarbeit von unten, auch bezahlbar?

Programm

10:00 - 12:15 Uhr	Einführung in die Veranstaltung: Roland Saurer
	Vorstellung des Podiums mit Anschluss an die Leitfragen.
	Diskussionseröffnung im Anschluss an die Leitfragen.
12:15 - 13:00 Uhr	Pause
13:00 - 14:00 Uhr	Reflektionsrunde mit dem Publikum

Eingangsfrage an das Podium

Das Podium

Prof. Günter Rieger Duale Hochschule Stuttgart, Anja Dargatz (Friedrich-Ebert-Stiftung) ,
Dr. Michael Lesky (VHS Baden-Württemberg), Karl-Ulrich Templ (Landeszentrale Stuttgart)
Moderation: Martin Schley

Was stellen sie sich als Aufgabe im Projekt politischer Bildung?

Rieger: Ich gehöre in beruflicher Hinsicht der sozialen Arbeit mehr dem gesellschaftlichen und politischen Lager an. Die Helferrolle ist nicht meine Option.

Lesky: Aufsuchende Bildungsarbeit und Menschen zuhören!

Templ: Die Nichterreichbarkeit der Zielgruppen in prekären Lebenslagen ist das Problem. Dadurch haben wir keine Einsicht in die Lebenslagen der Menschen. Die Lebenswelt kennen wir nicht.

Dargatz: Menschen benötigen Raum zum Dialog.

Eröffnung der Diskussion mit dem Publikum (Zusammenfassung)

1. Frage: Macht der Eliten

- Mit Hartz IV wird Macht über uns ausgeübt. (Entmachtung der Menschen!)
- Hartz IV bedeutet soziale Isolation (Hilflosigkeit, Ohnmacht—)
- Wie sind diese Kreisläufe zu durchbrechen? Mit den Eliten gemeinsam oder getrennt?

2. Frage : Haben Arme eine Funktion?

- Funktionale Rolle, Effektivität und die Benutzbarkeit(Ausbeutung) der Menschen
- Wie werden wir Bestandteil der Gesellschaft? -Öffnung eines Gesamtdiskurses/Befähigung

- Ehrgeizige Ziele von den Eliten (auf sozialen Ausgleich, Gerechtigkeit) sind nicht mehr da.
- Menschen sind beschäftigt mit ihrer Lebenswelt (Kopf voll!!) und haben meist keine Energiereserven für eine weitere Öffnung zu gesellschaftlichen Diskursen.

3. Frage : **Bildung und Armut**

- Hartz IV Warenkorb: 1,50 € für Bildung
- Bildung muss man sich leisten können!
- Wo sind meine Rechte: Selbstbefähigung durch Bildung von Bürgerrechten
- Zugängliche Informationen/Allgemeine Beratung- kostenlose Bildung
- Mobilität/ Fahrtgeld — Wer bezahlt was?
- Begegnungen-Begegnungsstätten- Dialog/Diskurs miteinander!
- Änderung der Konzeptionen u. Kurs der Bildung
- Überlegung neuer Begegnungsformate
- Menschen in Arbeit (Billiglohnsektor) wo sind die Anschlüsse. Auch Arbeit ist kein Privileg mehr, in der Gesellschaft anzukommen.

Die letzten zwei Leitfragen (4 und 5) wurden aus zeitlichen Gründen nicht weiter diskutiert.

Zusammenfassung der Veranstaltung in einer Reflektionsrunde

1. Es sind Angebote zu schaffen, die die Lebenswelt der Betroffenen berühren.(Bürgerrechte...?)
2. Räume finden zur Begegnung!
3. Dialog- Formate finden zum Austausch/Dialog
4. Misstrauen und soziale Isolation der Menschen sind erkennbar
5. Grundempfindungen der Betroffenen in Richtung Isolation ist dringend neu überdenken!
6. Fehlendes Vertrauen in das politische System/ Gefühl des Verlassenseins
7. Isolation durchbrechen...wie?
8. Begegnung und Beratung—..neu denken!
9. Beratung auf Augenhöhe/Übergang neu justieren
10. Schlüsselfiguren (Basis) und politisch Interessierte können Multiplikatoren sein

11. Bürgerrechte/Bürgerrechtsbewegung- Konzeption??
12. Was müssen wir tun, um Räume zu öffnen?
    Erreichbarkeit/Erreichbar machen- Schlüsselfunktionen/Ansprechpartner
    Selbsthilfeorganisationen- solidarische Prozesse — Ressourcen???
13. Logistik- Landesnetzwerk/Bildungsträger —Kooperation Generalvereinbarung zur politischen Bildung

Ein Vorschlag aus dem Publikum war nach dem Fachtag am 17. Oktober 2018 eine weitere Anschlussveranstaltung im Rahmen des heutigen Tages zu machen.

Eine Zwischenbilanz der „Etablierten“:

Frau Dargatz:

- Es braucht Räume der Begegnung
- Hartz IV- Betroffene leben in Stresssituationen, die sich ausdehnen bis in ihre Köpfe
- es geht dem Grunde nach in der politischen Bildung um Emanzipation und Empowerment
- es sollen lebensnahe Angebote sein, die Träger der Bildung bereitstellen: auch Beratung
- gehört dazu,
- Schaffung von neuen Formaten des Austausches durch partizipative workshops etc.
- Dialoge sind notwendig, die Formate des Dialoges müssen (gemeinsam?) bestimmt werden

Herr Templ:

- alle oder viele Beiträge signalisieren ein erhebliches Misstrauen
- Erfahrungen der Isolation, des Herunterfallens. des Herausfallens sind gewaltig
- Vertrauen in das gesellschaftliche System fehlt
- es ginge um Vertrauensgewinn, um Aufbrechen der Isolation
- die Selbstwirksamkeit der Menschen sei gefragt
- die Funktionen (Inhalte?) der Bildungsarbeit sind zu überdenken und umzuorientieren

Herr Lesky:

- Ausbau von Beratung und Hilfen seitens der Volkshochschulen
- die Unterstützung und Zielorientierung an der Selbstwirksamkeit der Betroffenen
- erkennt meine eigene Hilflosigkeit dem Thema gegenüber
- Situation erfordert, dass wir uns mit dem was man unter Menschenbildung verstehen könnte auseinandersetzen

Herr Rieger:

- das politische System und das Hilfesystem müssen mehr Begegnungsformate entwickeln
- Multiplikatorenschulung unter den sog. Prekären, den Armen, den „Eliten der Armen“
- die Organisation der Armen zu befördern, ihre Selbstorganisationen zu befördern
- in gewissem Sinne eine Bürgerrechtsbewegung (der Armen) zu befördern
- die Partizipation der Amen in Organisationen und in der Gesellschaft zu erreichen
- Beteiligungsquoten in Parteien und Organisationen für Menschen in prekären Lebenslagen
- zulassen und wollen eine große Schnittmenge von Aufgaben die auch die Soziale Arbeit betreffen

Publikationen der Landeszentrale

Bürger & Staat. Rechtspopulismus. Heft 1-2017. Stuttgart 2017. 88 Seiten. Kostenlos

Bürger & Staat. Soziale Milieus. Heft 2/3-2016. Stuttgart 2016,. 132 Seiten. Kostenlos

Bürger & Staat. Armut. Heft 4-2012. Stuttgart 2012. 79 Seiten. Kostenlos

Deutschland & Europa. Aktuelle Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik. Heft 76-2018. Stuttgart 2018. 80 Seiten. Kostenlos

Deutschland & Europa. Herausforderungen des Sozialstaats im sozialen Wandel. Heft 75-2018. Stuttgart 2018. 80 Seiten. Kostenlos

Deutschland & Europa. Bricht Europa auseinander? Armut und Reichtum in Europa. Heft 69-2015. Stuttgart 2015. 80 Seiten. Kostenlos

Fit in Politik. Politik in Bildern. Demokratie spielend begreifen. Bildermappe mit 34 Karten in Postkartengröße. Ein Grundbaukasten für die politische Bildung. Stuttgart 2014. 2.00 €

Gotthard Breit, Siegfried Frech. Politik durchschauen. Leitfaden für den erfolgreichen Durchblick. 2.. vollständig überarbeitete Auflage. Schwalbach/Ts. 2018. 110 Seite. 3.00 €

Grundgesetz und Landesverfassung. Stuttgart 2018. 158 Seiten. Kostenlos

Handreichung leicht verständliche Seminare. Handreichung für leicht verständliche Seminare zum Thema Beteiligung und Politik. 2. Auflage 2017. Stuttgart 2016. 39 Seiten. Kostenlos

mach's klar! Ist eine 4-seitige Publikationsreihe. die unregelmäßig erscheint. Sie erklärt Politik elementarisiert und stark visualisiert! mach's klar! vermittelt politisches Basiswissen oder aktuelle politische und gesellschaftliche Themen. Kostenlos

Robert Feil mit Cordelia Mersi und Ursula Becky. Leben in Deutschland (Orientierungskurs). Unterrichtsmaterial für Orientierungskurse. Sprachniveau A 1. Stuttgart 2016. 92 Seiten. 5.00 €

Robert Feil, Wolfgang Hesse, Monika Selmeci. Kursbuch miteinander leben (8. Auflage). Mit dem Test „Leben in Deutschland" als Beilage. Das Buch ist auf den neuen 100-stündigen Orientierungskurs abgestimmt. Stuttgart 2019. 209 Seiten. 9.90 €

Robert Feil, Wolfgang Hesse. Fotomappe Anstoß nehmen. Fotos und Materialien zu Toleranz und Gerechtigkeit. Stuttgart 2014. 40 Seiten. 15.00 €

zusammenhalten
zusammen gestalten